

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfersstraße 28, L.

Nr. 16.

Hamburg, den 20. April 1895.

7. Jahrgang.

Inhalt: Der Klassenkampf. — Der Gegensatz von Arm und Reich im Mittelalter. — Der Beschäftigungsnachweis, seine Einführung in Deutschland und seine Abschaffung in Oesterreich. — Bericht von der ersten Generalversammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. — Adressenveränderung — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten: Von Calbe a. S., in Düsseldorf von den Plätzen Philipp Fuchs, Wunsch, Frank und Th. Zinzen Sohn, in Flensburg vom Platz Niessen, von Jever, in Isehoe von der Zementfabrik, in Ludwigs-hafen vom Kutzer'schen Platz, von Nürnberg, in Stralsund von den Plätzen Voss u. Schütz, und den Bauten des Unternehmers Millahn, in Wandsbek vom Koch'schen Platz und in Sinschensfelde vom Hartmann'schen Platz.

Der Klassenkampf.

Seitens der Gegner ist der modernen Arbeiterbewegung der Vorwurf gemacht worden, sie habe die Klassengegensätze und die Unzufriedenheit, sie habe die Klassen und den Klassenkampf erzeugt. Der Vorwurf ist natürlich ein Unsinn. Die Klassengegensätze waren schon in der Gesellschaft des Alterthums, in der Feudalzeit, und sie waren schon in unserer Periode vorhanden, ehe die moderne sozialistische Arbeiterbewegung auf den Plan trat. Letzteres ist sehr natürlich, denn Klassengegensätze sind ja die Voraussetzung, sie sind die Ursachen der Arbeiterbewegung. Waren in früheren Zeiten Klassengegensätze vorhanden, so gab es ebenso natürlich Klassen und nicht minder natürlich riefen sich diese aneinander, kämpften gegeneinander; es sei nur an die Sklavenkämpfe im Alterthum, an den Bauernkrieg im Mittelalter, an die bereits im alten Rom genannten Streiks der Gewerbegehülften und Arbeiter, an deren Kämpfe im Mittelalter und bis auf die Zeit, da die moderne Arbeiterbewegung sich entwickelte, erinnert. Die Klassenkämpfe sind eine alte Erscheinung und der Satz von Marx im „Kommunistischen Manifest“, „daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist,“ ist durchaus zutreffend.

Marx begründet auch seine Behauptung. „Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“

„In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfache Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer und Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen.“

Das Ableugnen von Klassengegensätzen und Klassen seitens der Gegner ist um so sinnloser, als dieselben Leute das Vorhandensein von Armen und Reichen als ein Erforderniß der „göttlichen Weltordnung“ verteidigen und besitzlose Arbeiter wie besitzende Arbeitgeber für die unveränderlichen Grundlagen aller Wirthschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung halten. Arbeiter und Arbeitgeber sind die zwei Klassen, in welche sozusagen die ganze Gesellschaft sich auflöst und die zugleich sozial Armuth und Reichthum ausdrücken.

Da die Klassen auf Gegensätzen beruhen, hat natürlich jede derselben auch andere Interessen, welche auf allen Gebieten liegen. Auf wirtschaftlichem Gebiete, in Arbeitsverhältniß, haben die Besitzenden das lebhafteste Interesse, durch lange Arbeitszeit, anstrengendes Arbeiten und geringen Arbeitslohn möglichst viel Gewinn — Mehrwerth — aus dem Arbeiter herauszuschlagen; der Arbeiter hat dagegen das größte Interesse an kurzer Arbeitszeit — Achtstundentag —, an normalem Arbeiten und an auskömmlichem Arbeitslohn. In sozialer Beziehung hat der Arbeiter das größte Interesse an der Gleichheit, der Besitzende an der Ungleichheit, an den Vorrechten und Privilegien, an Titeln, Auszeichnungen, Ehrenämtern und besoldeten Aemtern, an höherer, bevorzugter Bildung, Absondern mit Seinesgleichen von den Nichtbesitzenden durch das Wohnen den geselligen Verkehr und das Vergnügen. In politischer Beziehung hat der Arbeiter das größte Interesse an der völligen Gleichberechtigung, an ungehämelter Freiheit, die er natürlich für Alle in gleichem Maße will. Der Besitzende will aber seinen Besitz nicht bloß dazu brauchen, sich gesellschaftlich hoch über den Arbeiter, den Nichtbesitzenden, zu erheben, sondern er will auch auf Grund seines Besitzes politische Vorrechte und beherrschende Stellung. Er will im Reich, in Staat und Gemeinde regieren, er will sein Interesse zum maßgebenden machen und demgemäß den Staat mit seiner Regierung, seinem Militär und seiner Polizei, mit seiner Gesetzgebung, mit seiner Justiz und Verwaltung, die Geistlichkeit und die Schule — kurz Staat und Gemeinde mit allen ihren Einrichtungen will der Besitzende in den Dienst seiner Interessen stellen, und er will dies nicht bloß, sondern er hat es thatsächlich erreicht. Der Staat ist zum Klassenstaat, die Gemeinde zur Klassengemeinde geworden.

Haben große geschichtliche Ereignisse, wie die revolutionäre Bewegung von 1848, die Kriege von 1866 und 1870/71, auf die bestehenden Verhältnisse umgestaltend — revolutionär — gewirkt, mußten alte Einrichtungen aufgehoben und den Forderungen weitester Volkskreise entsprechend neue, liberale Einrichtungen geschaffen und dadurch die Klassenherrschaft der Besitzenden etwas geschwächt werden, so dauert es in der Regel nicht lange, bis die Besitzenden gegen die neue Ordnung der Dinge, unzufrieden mit ihr, eine Reaktion in's Werk setzen.

Den Vorwand dazu nehmen sie mit der Behauptung, es sei mit den gewährten Rechten und Freiheiten Mißbrauch getrieben worden. So haben

die Reaktionäre dem deutschen Volke vorgeworfen, daß es mit dem Reichstagswahlrecht Mißbrauch getrieben und daß es die Press-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit — die ja in Deutschland ziemlich kümmerlich gerathen ist — mißbraucht habe, weshalb auch der neueste Kampf gegen den sogenannten „Umsturz“ entbrannt ist.

Diese Vorwürfe sind Klassen- und Parteiprodukte; sie werden von der Klasse und den Parteien der Besitzenden gegen die Klasse und die Partei der Besitzlosen geschleudert. Die kapitalistischen oder bürgerlichen Parteien, welche diese Vorwürfe erheben, sind sozusagen Richter in eigener Sache, sie sind Parteigerichte. Worin bestehen nun aber die Mißbräuche? Erstens darin, daß die früher Rechtlosen eine eigene Partei bildeten, daß sie aus ihrer eigenen Mitte Männer in die Vertretungskörper wählten und sich nicht darauf beschränkten, ihre Stimmen den konservativen, liberalen oder ultramontanen Politikern zu geben; die Mißbräuche bestehen ferner in der Aufstellung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Forderungen, in der Gründung von politischen Vereinen und Gewerkschaften, in der Abhaltung von Versammlungen, in der Gründung einer eigenen Presse und in der an den heutigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen geübten Kritik.

Wenn dieser Gebrauch der bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten Mißbrauch sein soll, dann muß man doch fragen: sind die Herrschenden in der That so beschränkt, so einfältig, daß sie erwarten, die Beherrschten, die Unterdrückten, die Ausgebeuteten werden ihre Rechte dazu benutzen, sich ihren Unterdrückern zur Verfügung zu stellen und sie in ihrem Unterdrückungswerke noch unterstützen, also moralischen Selbstmord begehen? Hat man dieses seinerzeit von den deutschen Arbeitern erwartet, so ist „man“ freilich arg enttäuscht worden, aber nur durch eigene Schuld, durch eigene politische Unreife.

Die Unterdrückten und Rechtlosen haben die Rechte bedingungslos erhalten, sie konnten und mußten davon den Gebrauch machen, den sie nach ihrer Einsicht für den zweckmäßigsten hielten. Das ist denn auch geschehen, und was dabei herauskam, das ist die organisirte Sozialdemokratie, die moderne Arbeiterbewegung. Die Gegner werfen ihr vor, sie habe für die Arbeiter nichts gethan, und doch hat man sie im Jahre 1878 durch das Sozialistengesetz äußerlich vernichtet und ist gerade jetzt daran, das erste mit Fiasco geendete Experiment zu wiederholen. In Wahrheit hat eben die Arbeiterbewegung viel, den Herrschenden zu viel geleistet. Sie hat überall mit Muth und Offenheit das Unrecht enthüllt, faule Zustände bloßgelegt, die Ausbeutung und Unterdrückung aufgedeckt und kritisch beleuchtet; sie hat im wirtschaftlichen wie politischen Kampf Befreiung der aufgedeckten Mißstände, des schweren Unrechts, gefordert und die Herbeiführung besserer Zustände verlangt. Es wird stets ein ehrendes Zeugniß für die heutige Arbeiterbewegung sein, daß ihr Todfeind Bismarck erklärte, sie habe das soziale Gewissen der Besitzenden geweckt und die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands veranlaßt. Die Arbeiterbewegung hat aber auch

die Menschenwürde, die Selbstachtung und das Selbstbewußtsein der Massen geweckt, sie hat ihr sittliches Niveau und auch ihre Intelligenz gehoben, wie keine andere Macht der Erde es vermocht hätte.

Und gerade dies sind die Punkte, welche den Klassenhaß der Besitzenden gegen die Arbeiter, gegen die besitzlosen Klassen geweckt haben. Von den Arbeitern ist der Klassenhaß ursprünglich nicht ausgegangen. Heißt es doch in der die Geburt der deutschen Arbeiterbewegung begleitenden Arbeiter-Marseillaise:

Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für Jedermann!
Die Lieb' soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten.

Alles dies wollen die Besitzenden und Herrschenden nicht und darum sind sie, nicht die Arbeiter und nicht die Sozialdemokraten, die eigentlichen Träger und Führer des Klassenkampfes. Die Arbeiter wollen die Vereinigung von Arbeit und Kapital, die Besitzenden wollen den privaten Arbeitgeber und Arbeiter; die Arbeiter wollen den Ertrag ihrer Arbeit, die Besitzenden verteidigen die Ausbeutung, den Arbeitslohn und Geschäftsgewinn; die Arbeiter wollen die gesellschaftliche Gleichheit, die Besitzenden wollen die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien; die Arbeiter wollen die politische Gleichberechtigung, die Besitzenden politische Sonderrechte, Klassenstaat und Klassenregierung und die politische Unterdrückung; die Arbeiter wollen die Abschaffung der Klassen, die Besitzenden verteidigen die Klassen als von Gott gewollte Einrichtungen.

Sind so die Besitzenden für Verewigung der Klassengegensätze und der Klassen, so sind sie auch diejenigen, welche den offenen Klassenkampf provozieren. Sie sind es, welche die Arbeitslöhne reduzieren, die Arbeiter maßregeln und durch schwarze Listen ächten, die Arbeiterorganisationen bekämpfen, den Arbeitern die Versammlungsfälle abtreiben oder durch ihre Polizei die Versammlungen verbieten und auflösen lassen, und sie sind es auch, welche Ausnahmefetze gegen die Arbeiter fordern und auch dann selbst machen, d. h. unter Mißbrauch ihrer politischen Macht und Machtmittel die besitzlosen Klassen vergewaltigen. Wenn man von Mißbrauch politischer Rechte sprechen will, dann ist das Beginnen der herrschenden Klassen mit dem Umsturzesgesetz ein Mißbrauch, und was für einer! Er ist aber auch der brutalste Klassenkampf, der gegen das Volk — die Stumm und Genossen wollen ja nicht zum Volk gehören und verweigern ihm darum auch beharrlich die ihm gebührende Widmung am Reichstagsgebäude — von den herrschenden Klassen geführt wird, und doch soll das reaktionäre Unternehmen dem Klassenkampf ein Ende machen. Man säet Wind und hofft ein mildes Lüftchen zu ernten; die Ernte werden aber Stürme sein, der energische, unbeugsame Klassenkampf von unten gegen den Klassenkampf von oben.

Der Gegensatz von Arm und Reich im Mittelalter.

Aus dem vierten Hefte der „Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen“.

Die Unterschiede zwischen Armen und Reichen waren im Mittelalter und auch noch in der Reformationszeit lange nicht so groß, wie in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, aber sie traten offener für Jedermann zu Tage und äußerten sich provozirender. Die größten gesellschaftlichen Unterschiede findet man heute in den Großstädten, in Millionenstädten, wo die Quartiere der Armuth oft weit abliegen von denen der Reichen. In der Zeit, von der wir jetzt sprechen, war die lokale Sonderung der einzelnen Stände, ja der einzelnen Berufsweige in den Städten scharfer durchgeführt als heutzutage, aber die Städte waren klein — 10 bis 20 000 Einwohner machten schon eine große Stadt — und man sah dicht aufeinander. Dazu aber kam noch der Umstand, daß das Leben ehedem viel mehr in der Öffentlichkeit sich abspielte, sowohl die Arbeit wie die

Geselligkeit, daß die Freuden und Leiden jeder Klasse kein Geheimniß für die Anderen blieben. Das politische Leben und die Feste spielten sich meist auf öffentlichen Plätzen ab, auf Märkten und Kirchhöfen oder in Kirchen und offenen Hallen. Gekauft und verkauft wurde auf den Märkten, aber auch die Handwerke wurden, wenn nur irgend möglich, auf den Straßen oder mindestens bei offenen Thüren betrieben.

Vor Allem aber ist ein Umstand wichtig geworden. Heute ist die Hauptaufgabe, die sich der Kapitalist stellt, die Akkumulation, die Anhäufung von Kapital. Ein moderner Kapitalist kann nie genug Kapital besitzen. Am liebsten möchte er sein ganzes Einkommen dazu verwenden, sein Kapital zu vermehren, um bestehende Betriebe erweitern, neue erwerben, Konkurrenten zu Grunde richten zu können usw. Und wenn er tausend Millionen besitzt, so wird er, um sie zu sichern und zu hindern, daß ein Konkurrent ihn überflügelt, nach der zweiten Milliarde streben. Nie verwendet der moderne Kapitalist sein ganzes Einkommen zum persönlichen Konsum — er wäre denn ein Narr oder ein Taugenichts, oder sein Einkommen reichte absolut nicht aus. Und auch der reichste Millionär kann ohne Minderung seines Ansehens einen ganz einfachen Lebenswandel führen. Soweit er sich aber einen Luxus gestattet, entfaltet er ihn in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in Ballsälen, chambres séparées, Jagdschlössern, Spielzimmern usw. Auf der Straße erscheint der Millionär nicht anders als die Masse seiner Mitbürger.

Ganz anders lagen die Dinge unter dem System der Naturalwirtschaft und dem der einfachen Waarenproduktion. Der Reiche und Mächtige konnte damals sein Einkommen, mochte es in Naturalien oder in Geld bestehen, nicht in Aktien oder Staatspapieren anlegen. Er konnte seine Einkünfte nur verwenden zum Konsum oder — soweit sie in Geld bestanden — zur Anlegung eines Schatzes werthvoller und unverderblicher Waaren, edler Metalle und edler Steine. Je mehr die Ausbeutung durch weltliche und geistliche Fürsten und Herren, durch Patrizier und Kaufleute wuchs, je größer deren Einkommen wurden, desto größer der Luxus, den sie trieben. Selbst konnten sie ja ihren Ueberfluß bei Weitem nicht verzehren. Sie verwendeten ihn, um Knechte und Mägde zu halten, edle Pferde und Hunde zu erwerben, sich und ihr Gefolge in glänzende Stoffe zu kleiden, herrliche Paläste aufzuführen und diese auf's Prachtigste auszustatten. Der Trieb nach Schatzbildung trug dazu bei, den Luxus zu steigern. Die trotzigen Machthaber des Mittelalters vergruben nicht, wie der furchtsame Hindu, ihre Schätze im Boden, auch hielten sie's nicht für nothwendig, sie den Blicken von Dieben und Steuerbeamten zu entziehen, wie unsere Kapitalisten. Ihr Reichthum war ein Zeichen und eine Wurzel ihrer Macht: stolz und prahlend trugen sie ihn zur Schau; ihr Gewand, ihr Geschirr, ihre Häuser glänzten von Gold und Silber, von edlen Steinen und Perlen. Es war das ein goldenes Zeitalter, auch für die Kunst.

Aber ebensowenig wie der ganze Reichthum wurde auch das ganze Elend damals offen zur Schau getragen. Noch stand das Proletariat in seinen Anfängen; es war bereits massenhaft genug, um tiefer denkende und feiner fühlende Menschen anzuspornen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Noth aus der Welt geschafft werden könne, aber noch nicht massenhaft genug, um als Gefahr für Staat und Gesellschaft zu gelten. So fand die Denkweise fruchtbaren Boden, die das Christenthum zur Zeit seiner Entstehung aufgenommen hatte, als das Lumpenproletariat sein vornehmster Träger war, jene Denkweise, die in der Armuth nicht ein Verbrechen sah, sondern einen Gott besonders wohlgefälligen Zustand, der Berücksichtigung erheischte. War doch der Arme nach der Lehre des Evangeliums ein Repräsentant Christi, denn „was Ihr gethan habt Einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt Ihr mir gethan.“ (Matth. 25, 40.) In der Praxis kam das Proletariat damit frei-

lich nicht weit; der Vertreter Christi wurde mitunter recht unchristlich behandelt. Aber man blieb doch entfernt von allen jenen feinen Erfindungen der modernen Polizei, die versuchen, den gesellschaftlichen Kebricht, wie jeden anderen auch, den Wohlhabenden aus dem Wege zu räumen, nicht, um die Armuth zu beseitigen, sondern nur, um sie zu verstecken. Im Mittelalter wurden die Armen nicht in Armenhäuser, Arbeitshäuser, Zuchthäuser und sonstige Häuser gesperrt, das Betteln war ein gutes Recht, und jeder Gottesdienst, namentlich jeder festliche, versammelte den höchsten Prunk und die größte Armuth in demselben Raume, in der Kirche.

Damals wie heute konnte man auf die Gesellschaft das platonische Wort von den zwei Nationen anwenden. Aber die zwei Nationen der Armen und Reichen waren im ausgehenden Mittelalter wenigstens noch zwei aneinander benachbarte Nationen, die einander verstanden und kannten. Heute sind die beiden Nationen einander völlig fremd geworden. Wenn sich in der Nation der Bourgeois das Verlangen regt, etwas über die Nation der Proletarier zu erfahren, dann bedarf es dazu einer eigenen Expedition, ebenso, als wenn es sich um die Erforschung des Innern von Afrika handelte. Aber Letzteres erscheint dem Bourgeois wichtiger als Ersteres; eine Erforschung Afrikas verspricht neue Absatzmärkte, verspricht Profit; eine Erforschung der proletarischen Zustände dagegen bedeutet die Erhebung der furchtbarsten Anklagen gegen die bestehenden gesellschaftlichen Zustände; Niemand kann dadurch gefördert werden als die Sozialdemokratie. Kein Wunder, daß die europäischen Regierungen hundertmal mehr für die Erforschung Afrikas ausgeben, als für die unserer sozialen Zustände — wenn sie für letztere überhaupt etwas ausgeben — und daß gar mancher „Gebildete“ über die Zustände im dunklen Welttheil besser Bescheid weiß, als über die in den Proletariervierteln der Stadt, in der er wohnt. Erst in allerneuester Zeit fängt es an, in dieser Hinsicht etwas besser zu werden, dank der zunehmenden Macht des Proletariats. Seitdem man es fürchtet, beginnt man es zu studiren.

Im Mittelalter brauchten die Besitzenden das Proletariat nicht zu fürchten, sie brauchten es aber auch nicht zu studiren, um seine Lage zu erkennen. Allüberall begegnete dem Beschauer das unverhüllte Elend und zwar im kräftesten Gegensatz zum übermüthigsten und überschwänglichsten Luxus. Kein Wunder, daß dieser Gegensatz nicht nur die unteren Klassen empörte, sondern auch bessere Naturen in den höheren Klassen gegen die Ungleichheit ausbrachte und Bestrebungen nach Herstellung der Gleichheit begünstigte.

Der Befähigungsnachweis, seine Einführung in Deutschland und seine Abschaffung in Oesterreich.

I.

Unter diesem Titel bringt der norddeutsche „Baugewerksanzeiger“ einen längeren Artikel, zu dem die Redaktion des genannten Blattes, nach eigenem Geständniß, im „scharfen Gegensatz“ steht. Der Artikel kritisiert indessen die Innungsbestrebungen so treffend, daß wir nicht anstehen, ihn zum größten Theile hier zum Abdruck zu bringen. Der Artikelschreiber ist selbstredend kein Sozialdemokrat, er bekämpft die Innungen auch nicht vom Standpunkte eines Arbeiters; er steht vielmehr im Lager der Bourgeoisie. Dies erklärt auch die wechliche Rücksichtnahme gegen bekannte Staatsmänner, die stellenweise zum Ausdruck kommt und mit der wir natürlich nichts zu schaffen haben.

Unsere Zünftler, d. h. jenes kleine Häuflein Handwerker — so beginnt der Artikel —, die in den Innungen vereint sind und die, obgleich sie noch nicht den zehnten Theil unserer Handwerker ausmachen, sich doch so gerne als „das deutsche Handwerk“ aufspielen, wollen es im Uebrigen durchaus nicht leiden, daß man sie „Zünftler“ nennt, trotzdem sie alle Attribute der Zunft: Befähigungsnachweis, Zwangsinnung, Meistertitel, Lehrlingsprivilegium etc. auf ihre Fahne geschrieben

haben. Die Scheu vor dem richtigen Namen hat auch ihren guten Grund. Es ist noch nicht lange her, daß im Volke die Erinnerung noch sehr lebendig war an die durch die Zunft Herrschaft gezeitigten elenden Zustände, an ihre Schikanereien und Quälereien des Geschäfts treibenden und des konsumierenden Publikums durch die auf ihren Schein pochenden Zünfte. Jene Zünfte, welche es absolut nicht begreifen wollten, daß die im Laufe des Jahrhunderts geänderten Sitten und Anschauungen nur die Fortschritte der Zivilisation, insbesondere Fortschritte auf technischem Gebiete, die Bedürfnisse der Menschheit gewaltig gesteigert hatten, und daß letztere sich nicht mehr in überlebten mittelalterlichen Formen befriedigen ließen. Wie man einem bekannten Thier nachsagt, daß es sich dem herabtauschenden Eisenbahnzug entgegenstelle, so stemmten sich noch in den fünfziger und sechziger Jahren die damals noch bestehenden Zünfte gegen die technische, wirtschaftliche und kommerzielle Entwicklung. Freilich auch mit demselben Erfolg. Die Entwicklung ging über die Zünfte hinweg, sie unter sich zermalmend. Als sie durch die Gewerbefreiheit beseitigt wurden, hatten sie schon längst jeden Halt und jede Berechtigung in den thatsächlich bestehenden Zuständen verloren. Sie glichen toden Kadavern, die ein elektrischer Strom künstlich bewegt.

Aber dieses künstliche Scheinleben galt lediglich der Bereicherung ihrer Mitglieder. Daher die große Abneigung aller Derer, auf deren Kosten jene Bereicherung geschah, und daher auch noch heute die große Scheu der modernen Zünftler vor dieser Bezeichnung, weil sie davon eine Erschwerung ihrer gleichfalls nur auf persönliche Bereicherung hinauslaufenden Bestrebungen befürchten. Das soll aber uns nicht abhalten, das Kind beim richtigen Namen zu nennen.

Die Gewerbefreiheit in Deutschland datiert bekanntlich von der Einführung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund im Jahre 1869, deren Gültigkeit dann 1871 auf das ganze Reich ausgedehnt wurde. Die Einführung der ersteren geschah natürlich nicht ohne Widerspruch, doch trat dieser, eben gerade im Hinblick auf den oben erwähnten Widerwillen des größten Theiles der Bevölkerung gegen die Zünfte, nur sehr bescheiden auf. Und in den nächsten Jahren verstimmt er ganz, weil während der (als Folge der politischen Umgestaltung Deutschlands und des damit zusammenhängenden französischen Milliardenkriegs hereingebrochenen) sogenannten Gründerperiode auch die ehemaligen Zunftmeister, wie überhaupt alle Kleingewerbetreibenden gute Geschäfte machten und darum die Konkurrenz des Großbetriebes und des Großkapitals weniger spürten, nur weil wegen der damals zugleich mit angebrochenen sogenannten liberalen Aera in Gesetzgebung und öffentlichem Leben rückwärtliche Tendenzen sich nicht in die Deffentlichkeit wagten.

Das änderte sich aber, nachdem die durch die französischen Milliarden über Nacht zur Entfaltung gebrachte Treibhausblüthe der Konjunktur in Deutschlands gewerblicher und kommerzieller Thätigkeit sehr rasch wieder verdorrte war. Die während dieser Blütheperiode zahlreich entstandenen oder in ihren Einrichtungen erweiterten und vervollkommenen Großbetriebe lasteten jetzt mit ihrer Konkurrenz doppelt schwer auf dem Kleingewerbe. Dazu kam, daß aus Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde, die aber mit der Gewerbegesetzgebung nichts zu thun hatten, Fürst Bismarck sehr bald seinen allgemeinen politischen „Kurs“ rückwärts wenden mußte. In der liberalen Gesetzgebung wurde nicht allein Halt gemacht, sie wurde auch vielfach in rückwärtlichem Geiste kommentirt oder durch Gesetze letzterer Art ganz annullirt. Das mußte natürlich auch den rückwärtlichen Geistern im Kleingewerbe neuen Muth geben. In Folge dessen begannen wieder zünftlerische Tendenzen sich zu regen, zwar anfangs nur leise, schüchtern, doch bald immer lauter und dreister, weil ihnen vom Regierungstische her freundlich entgegen geblickelt wurde. Zu seiner veränderten Politik brauchte Fürst Bismarck auch einen anderen Reichstag, und einen solchen zu er-

langen, mit dem er vor Allem auch die Forderungen der mächtig angeschwollenen Arbeiterbewegung niederhalten konnte, bedurfte er der Stimmen der Kleingewerbetreibenden, die beim allgemeinen Wahlrecht nächst dem Proletariat das größte Kontingent der Wähler stellen. Darum liebäugelte die Regierung mit den „Handwerkerforderungen“ und machte den immer kühner auftretenden Zünftlern Ausichten und Versprechungen, die sich denn auch nach und nach zu der Novelle zur Gewerbeordnung von 1881 mit ihrem Gesetz über die „revidirten“ Innungen verdichteten.

Das war natürlich nur ein Geduldsknochen, den die Regierung den zünftlerisch gesinnten Handwerkern hinwarf, und an dem diese denn auch einige Jahre weidlich herumgekaut haben, bis sie einsahen, daß es — eben nur ein Knochen war und nunmehr anfangen, Fleisch zu verlangen.

Bismarck's Regierung, wie nicht minder gewisse politische Parteien, brauchten die Handwerker bei den Wahlen noch weiter, und deshalb mußten sie sie auch noch länger bei Geduld erhalten. Und während darum jene Parteien die inzwischen bedeutend erweiterten Forderungen der Zünftler zu den ihrigen machten, fuhr die Regierung fort, diesen Forderungen ein freundliches Gesicht zu zeigen, bis sie endlich nicht anders konnte, als in einer weiteren Novelle zur Gewerbeordnung den ungeduldig Drängenden — noch einen Geduldsknochen hinzuwerfen. Denn etwas Anderes sind auch die in den berühmten Paragraphen 100e, f u. s. w. den Innungsmeistern verliehenen Privilegien nicht, wenn auch einige der letzteren, wie z. B. das alleinige Recht des Lehrlingshaltens, das Mitbezahlen der Innungskosten durch Nichtmitglieder u. s. w., magere Fleischreste an dem Knochen darstellen mögen.

Auch einige weitere, zur Erhaltung der Freundschaft zwischen Regierung und den betreffenden parlamentarischen Parteien einerseits und den Handwerkern andererseits, letzteren inzwischen verabsolgte kleine Geschenke, wie z. B. die beim Gewerbegerichtsgesetz und anderen Gelegenheiten den Innungen gebratenen Extrawürste, sind nicht höher zu rechnen.

Natürlich sehen das die Zünftler selber auch ein, und da außerdem bekanntlich mit dem Essen auch der Appetit kommt, so entschloß man sich jetzt „auf's Ganze“ zu gehen. So lautet denn die Forderung: Alles oder Nichts! „Gebt uns den Befähigungsnachweis und die Zwangsinnung oder — wir werden † † † Sozialdemokraten!“ wurde auf dem letzten Berliner Handwerkerstage kurz und bündig erklärt, wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Sinne nach.

Wir wissen nicht und wollen es auch nicht untersuchen, ob es für das Vaterland ein großes Unglück bedeuten würde, wenn jene Herren, die in Berlin damit drohten, wirklich Sozialdemokraten würden, aber davon sind wir überzeugt, daß Deutschlands innerer Entwicklung und wirtschaftlicher Gesundung nichts Schlimmeres widerfahren könnte, als die Erfüllung jener extremen zünftlerischen Forderungen. Es steht zwar noch nicht gerade zu befürchten, daß bei uns die Zunftbäume in den Himmel wachsen werden, weil — wie schon in früheren Jahren — auch neulich wieder von einem schwachbesetzten Reichstage der Zentrumsantrag auf Einführung des Befähigungsnachweises angenommen worden ist. Wir trauen der Reichsregierung so viel gesunden Sinn zu, daß sie in dieser Frage auch nicht um den Preis der Umsturvorlage dem Zentrum zu Willen sein wird. Trotzdem muß aber Jeder, der von der Verderblichkeit des, wenn auch nur zeitweiligen, Wiederauflebens des ganzen Zunftzopfes überzeugt ist, durch Aufklärung dem mit vorzubeugen suchen. Insbesondere ist es Pflicht der Presse, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Forderung nach Zwangsinnungen mit Befähigungsnachweis weder der Absicht entspringt, das Gewerbe als solches zu heben, noch überhaupt zu diesem Zweck geeignet ist, sondern lediglich persönlichen Vortheilen dienen soll. Man will das Kleingewerbe, soweit dieses neben dem Großbetrieb (und diesen völlig beseitigen zu wollen oder zu

können, daran denken wohl selbst die eifrigsten Zünftler nicht) noch existenzfähig ist und existenzfähig bleiben kann, auf einen möglichst kleinen Personenkreis beschränken. Ein selbstständiges Gewerbe sollen nur diejenigen ausüben dürfen, die ihrer Innung angehören, und um in diese einzutreten, muß der Befähigungsnachweis erbracht sein, d. h. nach Ansicht derjenigen Leute erbracht sein, die darüber zu befinden haben würden. Man hätte also im Befähigungsnachweis ein gutes Mittel, Jeden, den man nicht zur Innung und damit auch nicht zum selbstständigen Gewerbebetrieb zulassen will, davon fernzuhalten. Daß der Befähigungsnachweis auch dazu dienen soll, daß nur gute Arbeiten hergestellt werden, indem man Denen, die den Nachweis erbracht, daß sie dazu im Stande sind, das Fertigen schlechter verbietet — davon ist noch nie die Rede gewesen.

Zu welchen Zuständen ein solcher Zunftzwang in heutiger Zeit auch bei uns in Deutschland führen würde, sehen wir am besten in unserem Nachbarlande Oesterreich. Dort ist 1883 der Befähigungsnachweis mit Genossenschaftszwang für 47 Gewerbe wieder eingeführt worden, und zwar aus denselben Gründen, aus denen man auch bei uns den zünftlerischen Forderungen Zugeständnisse gemacht hat: Gewisse parlamentarische Parteien sammt der Regierung wollten die Handwerker ködern, um sie bei den Wahlen für andere Zwecke zu gebrauchen. Die Zunft Herrlichkeit hat dort aber schmachlich Fiasco gemacht, das Gros der Kleingewerbetreibenden hat eingesehen, daß sie dabei die Geschädigten sind und fordern darum die Aufhebung der Zunftgesetze. Diese Bewegung paßt natürlich den österreichischen konservativ-klerikalen Handwerksrettern schlecht, und sie suchen jene dadurch lahm zu legen, daß sie erklären, der Zunftzwang habe nur darum nicht genügt, weil er noch nicht streng und weitgehend genug sei und fordern deswegen noch mehr Zwang.

Wie dieser Streit in Oesterreich ausgehen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen, weil der dortigen, notorisch unfähigen und hinsichtlich ihrer ganzen inneren Politik sich in tausend Aengsten befindlichen Regierung es sehr wohl zutrauen ist, daß sie den Teufel durch Beelzebub auszutreiben suchen wird. Das würde natürlich kein Grund sein, daß wir Deutschen dieselbe „Teufelei“ nachzumachen hätten. Um die Nothwendigkeit zu zeigen, daß dies vielmehr nicht geschehen darf, wollen wir an der Hand eines kürzlich bei Duncker & Humblot in Leipzig erschienenen, von Sigmund Mayer herausgegebenen vortrefflichen Buches über „Die Aufhebung des Befähigungsnachweises in Oesterreich“, ein Bild von der ganzen Ungeheuerlichkeit der diesbezüglichen österreichischen gewerblichen Zustände vorführen.

Doch bevor wir an die Ausführung dieses Vorhabens gehen, sei bemerkt, daß wir nicht erwarten, damit viele Zöpfe abzureißen, weil die Zünftler bekanntlich Leute sind, die selbst nicht durch die Logik der Thatfachen belehrt werden können, wie ja das österreichische Beispiel so schlagend beweist.

Nachdem schon seit Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch eine lange Reihe von Regierungsmaßregeln der starre Zunftzwang ständig mehr eingeengt, immer mehr von ihm unabhängige und industriell betriebene Gewerbe gestattet worden, auch eine vom Kaiser Franz II. persönlich versuchte Zurückdrängung der Gewerbspolitik in die alten Bahnen an der thatsächlichen Entwicklung gescheitert war, brachte endlich das Jahr 1859 für Oesterreich vollständige Gewerbefreiheit. Aber der Rückschlag der in die sechziger und Anfang der siebziger Jahre fallenden österreichischen Gründerperiode, welcher mit dem berühmten „Wiener Krach“ von 1873 so vornehmlich in die Erscheinung trat, verschaffte bald, neben anderen reaktionären Bestrebungen, auch solchen auf gewerblichem Gebiete, Oberwasser. Schon im März 1883 wurde für 47 Gewerbe*)

*) Es sind: 1. Anstreicher und Lackierer; 2. Wäcker; 3. Buchbinder, Futteralmacher, Ledergalanterie- und Kartonnagearbeiter; 4. Bürstenbinder; 5. Drechsler und Werschraubendrehler, Pfeifenkneiber; 6. Erzeuger musikalischer Instrumente; 7. Fassbinder; 8. Feinzeugkneiber, Sporer Messerschmiede, Metall- und Stahlschleifer (mit Ausnahme

die Gewerbefreiheit wieder aufgehoben und der Befähigungsnachweis mit Zwangsgenossenschaften eingeführt, das heißt nur, insoweit die betreffenden Berufe „handwerksmäßig“ ausgeübt werden. Denn neben Gewerben letzterer Art kennt das österreichische Gewerbegesetz vom 15. März 1883 auch noch „freie“ und „konzessionirte“ Gewerbe. Die Hausindustrie ist von dieser Klassifikation ausgeschlossen. Als handwerksmäßige Gewerbe sieht das betreffende Gesetz solche an, „bei denen es sich um Fertigkeiten handelt, welche die Ausbildung im Gewerbe durch Erlernen und längere Verwendung in demselben erfordern und für welche diese Ausbildung in der Regel ausreicht“. Im Gegensatz hierzu sind „als fabrikmäßig betriebene Gewerbsunternehmungen solche anzusehen, in welchen die Herstellung oder Verarbeitung von gewerblichen Verfahrgegenständen in geschlossenen Werkstätten, unter Betheiligung einer gewöhnlich die Zahl von 20 übersteigenden, außerhalb ihrer Wohnungen beschäftigten Anzahl von gewerblichen Hilfsarbeitern erfolgt, wobei die Benutzung von Maschinen als Hilfsmittel und die Anwendung eines arbeitstheiligen Verfahrens die Regel bildet, und bei denen eine Unterscheidung von den als handwerksmäßig betriebenen Produktionsgewerben auch durch die Persönlichkeit des zwar das Unternehmen leitenden, jedoch an der manuellen Arbeitsleistung nicht theilnehmenden Gewerbsunternehmers, dann durch höhere Steuerleistung, durch Firmaprotokollirung und dergleichen eintritt.“ Und als konzessionirte Gewerbe werden solche behandelt, „bei denen öffentliche Rücksichten die Nothwendigkeit begründen, die Ausübung derselben von einer besonderen Bewilligung abhängig zu machen,“ während „alle Gewerbe, welche nicht als handwerksmäßige oder konzessionirte erklärt werden, freie Gewerbe sind“.

Bericht von der ersten Generalversammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute, abgehalten in Stettin.

Montag, den 8. April.

Kamerad Schrader eröffnete die erste Generalversammlung Vormittags 8 1/2 Uhr, indem er die anwesenden Delegirten im Namen des Hauptvorstandes und im Namen des Lokalverbandes Stettin begrüßte. Kamerad Schrader ernannt dann zum provisorischen Schriftführer Kamerad Nischid aus Köln, worauf die drei Kameraden Jänemann, Armgart und Wädger zur Mandatsprüfungskommission gewählt werden. Diese Kommission stellte fest, daß von den 56 gewählten Delegirten 51 anwesend sind. Außerdem sind die Kameraden Schrader und Römer vom Hauptvorstand und Stehr vom Ausschuß anwesend. Als Vertreter des „Zimmerer“ fungirt Kamerad Bringmann, der zugleich Delegirter von Hamburg ist. 25 Delegirte haben kein vorchriftsmäßiges Mandat; diese sind zum Theil ohne Unterschrift der Lokalvorstände, zum Theil ohne Stempel. Nach kurzer Debatte wurden die unvorschriftsmäßigen Mandate für gültig erklärt. Der Vertreter des Ausschusses, Kamerad Stehr, der ohne Mandat erschienen ist, wirft die Frage auf, ob der Vertreter des Ausschusses mit oder ohne Mandat auf der Generalversammlung zu erscheinen habe. Die Generalversammlung beschließt, den Kameraden Stehr ohne Mandat anzuerkennen. In Zukunft soll sich der Vertreter des Ausschusses jedoch ein Mandat ausstellen lassen.

Es wird in den zweiten Punkt eingetreten. Wädger wird als zweiter Vorsitzender, Ede als Führer der

Rednerliste gewählt. Als Protokollführer werden gewählt: Müller, Ede, Kämmer, Nischid und Leonhardt. Nischid führt das Protokoll zunächst.

Dann wird die vom Hauptvorstand vorgelagte Geschäftsordnung beraten und nach kurzer Debatte angenommen. Beschlossen wird, daß die Verhandlungen Vormittags 8 Uhr beginnen, von 12—2 Uhr ist Mittagspause, Abends 6 Uhr Feierabend. Es wird dann darüber diskutiert, ob die Vertreter des Hauptvorstandes und des Ausschusses beschließende Stimme haben. Die Generalversammlung verneint dies. Die Anwesenheit Römer's als Vertreter des Hauptassirers veranlaßte ebenfalls eine Debatte. Es wird beschloffen, Römer als Vertreter des Hauptassirers anzuerkennen.

Schrader macht bekannt, daß der Flensburger Delegirte eingetroffen ist; außerdem ist Rathmann aus Hamburg als Gast anwesend. Von Stehr wird bekannt gemacht, daß ihm von Müllerstein ein Brief zugegangen sei, es wird beschloffen, diesen vorzulesen, was geschieht. Wädger theilt mit, daß der Delegirte Hill aus Eisenach eingetroffen ist. Nach kurzer Debatte, in der auch Rathmann aus Hamburg das Wort wünscht, daß ihm aber auf Beschluß der Generalversammlung nicht ertheilt wird, wird beschloffen, den Brief einer fünfgliedrigen Kommission zu überweisen. Hierzu werden gewählt Jänemann, Kämmer, Simon, Armgart.

Nunmehr erstattet Schrader den Verbandsbericht. Redner beschränkt sich darauf, zu dem im Druck vorliegenden Bericht einige aufklärende Bemerkungen zu machen. Dann tritt die Mittagspause ein.

Um 2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet; Schrader verliest zunächst die Präsenzliste und theilt dazu mit, daß der Delegirte für Koblenz nicht kommen könne. Von dem Lokalverband Halberstadt ist ein Begrüßungsschreiben eingegangen, das verlesen wird. In dem Schreiben wird zugleich gebeten, die nächste Generalversammlung in Halberstadt stattfinden zu lassen. Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. Müller fährt in dieser Sitzung Protokoll. Römer erstattet den Kassenbericht. Seine Ausführungen erstrecken sich ebenfalls hauptsächlich auf erläuternde Bemerkungen zu dem im Druck vorliegenden Kassenbericht. Die Berichte werden zur Diskussion gestellt. Windhorst-Bremen nimmt dazu zunächst das Wort, um im Namen der Generalassiroren über die stattgehabte Revision zu berichten. Ergänzungen dazu giebt Stehr, der als Ausschußvertreter die Revision ebenfalls mitgemacht hat. Schrader giebt einige Aufklärungen in Bezug auf den Hauptkassenbericht. Reimers-Altona bemerkt daß ihm von befreundeter Seite noch ein Geschäftsbericht zugeföhrt worden sei, der aber wesentlich von dem vorliegenden abweicht. Schrader berichtet sofort, daß es sich hier um einen Korrekturabzug handele, der vor Drucklegung den Hauptvorstandsmitgliedern vorgelegen hat. Römer erläutert verschiedene Posten, die zu Irrthümern Veranlassung gegeben haben. Levin-Kiel, der ebenfalls als Generalrevisor fungirt hat, bestätigt, daß Alles, was er revidirt habe, in Ordnung gewesen sei, ihm schein jedoch, daß die Verbandsrevisoren ihre Arbeit nicht ganz genau genommen haben. Schilding-Mannheim klärt die Mannheimer Sache betreffs Edracher auf. Meier-Lübeck erklärt, daß die vor Kurzem an den Lübecker Lokalverband zurückgezahlten M. 100 thatsächlich 1890 an die Hauptkasse geliehen worden sind. Simon-Dortmund bestätigt, daß Walter-Dortmund die in Abrechnung gestellten M. 25 zur Agitation erhalten habe. Jähig-Dresden ist nicht damit einverstanden, daß Revisoren von Hamburg nach weit entlegenen Orten, wie z. B. nach Dresden gesandt werden.

Bringmann erläutert die Ausgaben, die im Kassenbericht unter seinem Namen aufgeführt sind, und bemerkt dazu, daß es an der Methode der Berichterstattung liege, daß die vielen mündlichen Erläuterungen notwendig geworden sind.

Stehr meint, daß der vorliegende Bericht klarer sein könne. Nachdem noch Römer, Simon und Schrader Erläuterungen gegeben haben, bemerkt Wädger-Behe, daß es vorthellhafter sei, wenn der Bericht ausführlicher als der vorliegende wäre. Unkosten könnten dabei gar nicht in's Gewicht fallen, denn es seien auch Unkosten, wenn sich die Generalversammlung tagelang mit Erläuterungen beschäftigen müßte. Nachdem Stehr seine früheren Ausführungen richtiggestellt hat, bemerkt Jänemann-Lübeck, daß man dem Hauptassirer nicht allein die Verantwortung aufhalsen könne. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen haben, giebt Kamerad Wädger das Refusum, indem er ausführt, daß die Debatte ergeben habe, daß der Geschäftsbericht in Zukunft besser werden müsse.

Stehr beantragt im Namen der Generalrevisoren, dem Hauptvorstand Entlastung zu ertheilen, was geschieht.

Hierauf erstattet Stehr den Bericht des Ausschusses, indem er hervorhebt, daß es kein gutes Zeichen wäre, daß sich so wenig Kameraden gute Lokalverbände an den Ausschuß gewandt haben. Es sind im Ganzen neun Sachen zur Entscheidung vorgelagt worden und haben neun Sitzungen stattgefunden. Daß der für den Ausschuß gebuchte Geldbetrag in keinem Verhältnis zu dieser Zahl Sitzungen steht, kommt daher, daß der Ausschuß sich mit Agitation beschäftigt hat.

Wulle-Breslau bemerkt als erster Diskussionsredner, daß eine Sache aus Breslau etwas zu knapp erwähnt worden wäre und er berichtet deshalb ausführlicher über diese Sache.

Staats-Flensburg verweist darauf, daß die Flensburger Sache noch extra zur Sprache komme, er verzichte deshalb jetzt auf ausführliche Auseinandersetzungen. Schrader giebt einige Erläuterungen zu den von dem Berichterstatte angeregten Sachen und konstatirt, daß

große Meinungsdivergenzen zwischen dem Ausschuß und dem Hauptvorstand nicht bestanden haben.

Stehr erwähnt nun noch, daß vom Verbandsvorsitzer eine Beschwerde eingegangen wäre, daß der Hauptvorstand den Redakteur zu den Sitzungen zulasse. Der Ausschuß habe damals nichts daran geändert, sondern beschloffen, den Fall der Generalversammlung vorzulegen. Es wäre also notwendig, daß die Generalversammlung hierzu Stellung nehme. Schrader bemerkt hierzu, daß vom Hauptvorstand bereits ein Antrag vorliege, daß der Redakteur an den Sitzungen theilnehmen solle; bei der Verathung des Antrages könne die Sache sehr wohl erledigt werden.

Hierauf entspinnt sich eine kurze Diskussion darüber, ob den Verbandskameraden verbanntes Handwerkszeug aus der Hauptkasse ersetzt werden soll. Die Ansichten gingen allgemein dahin, daß die Sache wie bisher weiter gehandhabt werden soll. Es wird nun die Sache Oß-Breslau nochmals behandelt. Nach einigen Erläuterungen von Seiten Schrader's, Stehr's und noch einiger anderer Kameraden, wird die Sache für erledigt erklärt.

Zum Bericht über die Presse bemerkt Kamerad Bringmann, daß er zu dem im Druck vorliegenden Bericht nichts weiter hinzuzufügen habe. Differenzen zwischen der Preßkommission und ihm, die etwa zu tiefgehenden Auseinandersetzungen Veranlassung geben konnten, beständen seines Wissens nicht. Bei Beschwerden über Kürzung der Berichte und über Randbemerkungen handle es sich mehr um Unklarheiten. Sollten irgendwo in Lokalverbänden derartige Beschwerden vorgebracht worden seien, so möge man dieselben hier vortragen, er werde dann die nötige Auskunft ertheilen.

Reimers-Altona erstattet den Bericht der Preßkommission. Derselbe habe die Kassengeschäfte ostkontrollirt und Alles in bester Ordnung gefunden. Beschwerden, die zum Vorgehen gegen den Redakteur hätten Veranlassung geben können, seien nicht eingebracht worden. Auf Veranlassung des bekannten Schnack habe sich die Preßkommission mit einem „Eingesandt“ beschäftigten müssen, dessen Aufnahme der Redakteur verweigert habe. Das „Eingesandt“ habe indessen von Beleidigungen gegen den Redakteur gewimmelt und es seien darin Behauptungen aufgestellt worden, für die der eigentliche „Eingesandtschreiber“, Lauben in Magdeburg, auf Ansuchen der Preßkommission keine Beweise erbracht habe. Die Behauptungen waren also einfach aus der Luft gegriffen. Namens der Preßkommission beantragt Reimers noch, daß der Redakteur verpflichtet werden solle, alles Manuscript, das von der Preßkommission zur Einsicht eingefordert wird, dieser einzuhändigen.

Stehr, der bei der Generalrevision auch die Preßgeschäfte revidirt hat, montirt, daß der Redakteur bei Anschaffung der Literatur ganz freie Hand habe; dem müsse vorgebeugt werden. Ueber die anzuschaffende Literatur müsse der Hauptvorstand verfügen. Auch sollten die Literaturberichte beschränkt werden. Während noch mehrere Redner Auskunft über einige andere Vorkommnisse, wie Nichtaufnahme von Aufrufen zum zahlreichen Versammlungsbesuch usw. fordern, ist es 6 Uhr geworden. Die Sitzung wird also geschlossen.

Dienstag, den 9. April.

Morgens 8 Uhr beginnen die Verhandlungen wieder. Der Vorsitzende giebt zunächst bekannt, daß aus Königsberg und Neubrandenburg Begrüßungsschreiben eingetroffen sind, dann verliest Ede-Görlik das Protokoll von der Montag-Vormittagsitzung. Nachdem einige Richtigstellungen vorgenommen worden waren, wurde die Diskussion über den Bericht über die Presse fortgesetzt. Eine Anzahl Delegirte erklärten, daß ihre Mandatgeber mit der Haltung der Presse vollständig zufrieden seien. Janssen-Wilhelmshagen bemerkt, daß die Randbemerkungen der Redaktion vielen Berichten erst Interesse verleihen, Leonhardt-Berlin kann sich auch nicht dafür erwärmen, daß dem Redakteur Randbemerkungen untersagt werden sollen. Barth-Karlruhe fährt aus, daß der „Zimmerer“ gegen früher ganz zweifellos einen Fortschritt erfahren habe; Kleinigkeiten solle man kein großes Gewicht beilegen, die Haltung des „Zimmerer“ sei durchaus gut. Krause-Stettin bemerkt, daß der „Zimmerer“ auch nach Aussage von Sachkennern, die außerhalb des Verbandes standen, zu den bestredigirten Gewerkschaftsblättern Deutschlands gehöre. Nachdem noch mehrere Redner zur Sache gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. In seinem Schlußwort wendete sich Bringmann gegen Stehr. Betreffs der Redaktion bestehen keine sonderbaren Einrichtungen. Stehr habe, bevor er erwähnte, daß der Redakteur bei Beschaffung der Literatur freie Hand habe, untersuchen sollen, ob unnütze Literatur angeschafft worden sei. Nicht theoretische Abstraktionen, sondern die Bedürfnisse allein könnten bei solchen Fragen entscheidend sein. Daß die Redaktion nicht verschwenderisch gewirksam sei, beweise die vorliegende Abrechnung. Uebrigens habe auch das geäußerte Bedenken, weil keine Beschränkungsbestimmungen beständen, könne der Redakteur weit über die bisher gebrauchten Summen hinausgehen, gar keinen Sinn; der Verband zahle laut Beschluß der Generalversammlung zu Halle pro Exemplar und Nummer 3/4 M. und diese Grenze sei niemals überschritten worden. Die Abrechnung weise im Gegentheil noch Ersparnisse auf. Das Verlangen der Preßkommission, der Redakteur solle gewünschte Manuscript einlefern, kann nicht erfüllt werden, sonst müsse ein tüchtiger Schreiber angestellt und eine große Wohnung gemiethet werden, damit ein Manuscriptarchiv angelegt werden kann, was sicherlich bisher nirgends besteht und auch ganz überflüssig ist. Die Preßkommission könne übrigens jede gewünschte

- der Karrenschleifer; Feilhauer, Laubfägenmacher, Nadler und Webekammernmacher; 9. Fleischhauer; 10. Fleischselcher; 11. Feilreuer, Mafsure und Perrückenmacher; 12. Glaser; 13. Gold-, Silber- und Juwelenarbeiter; 14. Gold-, Silber- und Metallschläger; 15. Örtler und Bronze- waarenherzeuger; 16. Fäbner; 17. Handschuß- und Bandagenmacher; 18. Hutmacher; 19. Kamm- und Fächermacher; 20. Kleidermacher; 21. Korbflechter; 22. Kürschner, Rauchfärber und Rappenmacher; 23. Kupferschmiede; 24. Lebzelter und Wachszieher; 25. Metall- und Zinngießer; 26. Mechaniker (Fein- oder Präzisionsmechaniker), Erzeuger chirurgisch-medizinischer Instrumente und Apparate und Optiker; 27. Plattierer; 28. Posamentierer, Schnür- und Örtelmacher, Knopf- und Krepinmacher, Gold- und Silberdrahtzieher, Gold- und Silberplattner und Spinner, Gold-, Silber- und Perlenfäbner; 29. Rothgerber; 30. Schlosser; 31. Schuhmacher; 32. Seiler; 33. Siebmacher und Gitterstricker; 34. Sonnen- und Regenschirmmacher; 35. Spengler; 36. Tapezierer, Erzeuger von gepöppelten Decken, Kissen und Matratzen; 37. Tischner, Kleiner, Peitschenmacher, Rappenschirmschneider, Sattler und Pferdegeschirrmacher; 38. Tischler; 39. Urmacher; 40. Vergolder; 41. Wagner; 42. Wagenschmiede; 43. Wagenfahler; 44. Weißgerber; 45. Ziegel- und Schieferbeder; 46. Zimmermaler; 47. Zuckerbäcker und Kuchenbäcker, Konditoren, Mandoletti- und Kanditen-erzeuger.

Auskunft erhalten, wenn sie mit dem Redakteur persönlich Rücksprache nimmt, was sie in der angeregten Sache unterlassen habe. Einige Monita betreffen die überfandten Berichte wurden aufgeführt und dadurch gezeigt, daß der Redakteur garnicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Von Seiten der Generalversammlung war unterdessen beantragt worden, Kamerad Bringmann Decharge zu ertheilen, was einstimmig beschlossen wurde. Alle eingegangenen Anträge in Bezug auf die Presse wurden bis nach Erledigung der Tagesordnung: „Berufs- oder Industriebund?“ zurückgestellt. Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen werden wir in nächster Nummer berichten.

Berichte.

Calbe. Am 6. April tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl, unsere Lohnfrage und Verschiedenes. Bei der Vorstandswahl wurden die Kameraden W. Westfeld als erster, Fr. Ende als zweiter Vorsitzender, R. Frister als erster, Fr. Hoppe als zweiter Kassierer, Fr. Krüger als erster, H. Freie als zweiter Schriftführer, die Kameraden R. Döcher und K. Wabbe als Revisoren gewählt. Ferner wurde der Kollporteurposten dem Kameraden K. Döcher übertragen. Die Lohnfrage soll Sonnabend, den 13. April, in einer öffentlichen Zimmererverversammlung behandelt werden. Dann wurden noch verschiedene kleinere Anlegenheiten erledigt und hierauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Harburg. Am 2. April tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Nachdem einige Mitglieder aufgenommen worden waren, wurde vom Vorsitzenden der Zweck der Meißeler dargethan. Er führte aus, daß es Jedem überlassen bleiben müsse, die Arbeit an dem Tage ruhen zu lassen. Hierauf wurde von unserem Delegirten Bericht vom Provinziallandtage zu Bremen erstattet (der Bericht ist bereits früher erschienen). Es waren 10 Delegirte erschienen. Ferner wurde Stellung zur Arbeitslosenfrage genommen. Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß zwei nicht-organisirte Zimmerleute außer ihrer Arbeit beim Meißler noch Nebenarbeit bei einem Millonär anfertigten, und zwar Sonntags. Sie lassen sich auch nur 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zahlen, wo doch in Harburg der Lohn 55 $\frac{1}{2}$ beträgt. Dieses Trauerspiel wurde von mehreren Kameraden scharf kritisiert, gegen solche Subjekte müßten wir Front machen. Der Kassierer F. Martens wohnt Feldstr. 5, part. I.

Heilbronn. Am 7. April tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Genosse Haller legte in meißelhafter Weise den Anwesenden den Zweck und die Nothwendigkeit der Organisation dar. Kamerad Niedermann sprach über die Zustände im hiesigen Zimmergewerbe und unterzog das Gebahren der Krauter einer herben aber durchaus berechtigten Kritik. Nachdem noch mehrere Kameraden sich in ähnlicher Weise ausgesprochen hatten, forderte Genosse Haller in seinem Schlusswort die Anwesenden auf, sich dem Verbands der Zimmerleute anzuschließen, denn ohne Organisation lassen sich die traurigen Zustände nicht bessern. Es traten 33 Kameraden bei, noch ebensoviele versprachen beizutreten, sobald sie dazu in der Lage sind, denn die Meisten sind lange außer Arbeit gewesen. Sonntag, den 21. April, findet wiederum eine Versammlung statt.

Mühlhausen. i. G. Am 7. April tagte unsere Vereinsversammlung. Anwesend waren 36 Mitglieder. Nachdem die Beiträge eingekommen waren, ließen sich vier neue Mitglieder aufnehmen. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal 1895. Die Einnahme betrug: M. 34 Wochenbeiträge, 5,60 Zeitungsgebühren, 7,80 Einschreibegelb, 12,29 alter Bestand. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit dieser Angaben. Hierauf wurden die Kameraden Max Hofel als erster, Franz Nidel als zweiter Schriftführer, Heiner Schulz als Delegirter in die Mailkommission und Ludw. Schmidt als Kartelldelegirter gewählt. Die Lohnfrage soll in nächster Versammlung behandelt werden.

Neumünster. Am Mittwoch, den 27. März, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, dieselbe war sehr schwach besucht. Zur Lohnfrage führte der Vorsitzende aus, daß bei einer solchen wichtigen Tagesordnung es zu bedauern sei, daß solche Interesslosigkeit Platz greife. Wo es heißt geschlossen vorgehen, um zu erhalten, was wir mit unserer Organisation errungen haben und das uns von den Meißlern wieder genommen werden soll, glänzen die Mitglieder durch ihre Abwesenheit. Andere Kameraden sprachen im selben Sinne. Es wurde darauf hingewiesen, daß es wohl das Zweckentsprechendste sei, der Lohnkommission das Weitere zu überlassen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Dann berichtete der Delegirte vom Kartell. Einem den Gewerkschaften überwiesener Antrag der Schuhmacher, betreffend Unterstützung einer Familie, deren Ernährer sich eine Strafe wegen seiner Gemeinlichkeit zugezogen hat, wird von der Versammlung zugestimmt. Ein Schriftstück wird verlesen, das zur Sammlung einer Statistik über die Mißstände im Baugewerbe auffordert. Dieser Punkt wird bis zur nächsten Mitglieder-Versammlung zurückgestellt. In der Diskussion über den Antrag Altona, betreffend die Verschmelzung der Presse im Baugewerbe, sprachen verschiedene Redner, doch kam die Versammlung zu dem Schluß, diesen Punkt noch mal in einer besser besuchten Versammlung zu erörtern. Im Fragekasten befand sich die Frage: „Wie stellen sich die Kameraden zu einem Ball?“ Diese Frage wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Ferner wurde ein Brief von dem Delegirten zur Generalversammlung verlesen, in dem

angefragt wird, ob der hiesige Lokalverband noch Wünsche an die Generalversammlung habe. Diesbezügliche Wünsche wurden aus der Versammlung nicht laut. Der Kassierer wurde noch ermächtigt, den Kameraden, die ihren Beitrag nicht pünktlich zahlen, eine Frist bis zum 15. April zu gewähren.

Posen. Am Donnerstag, den 4. April, tagte hier eine gutbesuchte Versammlung der Zimmerer, um die Gründung eines Lokalverbandes vorzunehmen. Kamerad Sommer eröffnete im Namen der Kommission die Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Wahl des Vorstandes und Verschiedenes. Nachdem der Einberufer den Zweck der Versammlung erläutert hatte, bat er die Versammelten, nur solche Männer zu wählen, welche die Interessen der Zimmerer nach jeder Richtung hin vertreten. Es entspann sich eine lebhafte Debatte gleich bei Anfang der Wahl. Kamerad Sommer hatte sich dahin geäußert, kein Amt im Vorstande anzunehmen. Trotz allen Sträubens mußte derselbe doch Vorsitzenden-Stellvertreter werden. Gewählt wurden: H. Kirske als Vorsitzender, B. Sommer als Stellvertreter, R. Weinkauff II als Schriftführer, A. Langner als dessen Stellvertreter, St. Dzidz, Bismarckstr. 7, als Kassierer, H. Kluge als Stellvertreter, H. Ruttko und W. Krüger als Revisoren. Sämmtliche Kameraden nahmen die Wahl an. Der Lokalverband Posen ist also wieder gegründet; er zählt bereits 25 Mitglieder; hoffen wir, daß derselbe bald wieder seine frühere Mitgliederstärke (200) erreichen werde. In Posen ist für die Aufbesserung der Lage der Zimmerer noch sehr viel zu thun.

Tangermünde. Am 6. April tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Nachdem vom zweiten Schriftführer das Protokoll verlesen und von der Versammlung für richtig befunden war, wurden vom Kassierer die Beiträge einkassiert und alsdann Kamerad R. Quas in den Verband aufgenommen. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Chr. Döbbelin, erster, W. Dölge, zweiter Vorsitzender, E. Behrends, erster, F. Paß, zweiter Kassierer, F. Ernst, erster, W. Braunschweig, zweiter Schriftführer, G. Pätzsch, erster, E. Fißelowsky, zweiter Revisor. Im Fragekasten fand sich eine Frage ein Vergnügen betreffend, es wurde beschlossen, diesen Punkt in der nächsten Versammlung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Da unser bisheriger Kollporteur, W. Gänsewig, den Posten niederlegte, wurde Chr. Müller als solcher gewählt.

Baugewerbliches.

Die baugewerblichen Arbeiter von ganz Deutschland bereiten eine Petition an den Bundesrath und an den Reichstag vor — so lesen wir in der politischen Arbeiterpresse. — Es handelt sich um gesetzgeberische Maßnahmen gegen soziale und hygieinische Mißstände im Baugewerbe; so wird eine Regelung der Baubuden, Raokstorb- und Fensterfrage, eine Ueberwachung der Bauten durch das Reichs-Gesundheitsamt, ferner eine Gewähr für die Lohnauszahlung mit einem energischen Vorgehen gegen den Bauahwindel verlangt. Um Material zu einer die Petition begleitenden Denkschrift zu gewinnen, werden die Genossen aufgefordert, medizinische und technische Sachmänner für die in Rede stehende Angelegenheit zu interessieren und allerorten in öffentlichen Bauarbeiter-Versammlungen solche zu wählen, die die Sache in die Wege leiten.

Uns ist von dem Plane nichts bekannt, abgesehen von einem wortreichen Flugblatte, ist uns noch kein Zettel zu Gesicht gekommen, der etwa Aufschluß darüber giebt: wie die Sache gehandhabt werden soll.

„Ein elender Zustand ist es, in welchen large Zeiten den Architekten versehen!“ — so schreibt Der Bautechniker“, Zentralorgan für das österröichische Bauwesen. — „Die Architektur, die Königin der bildenden Künste, berufen, ihren Schwesterkünsten würdige Räume und würdige Rahmen zu schaffen, muß als Kunst in dem Augenblicke enden, wo ihr ein nothdürftiges Dasein des Volkes die Mittel zu ihren Arbeiten entziehen. Wer daher im „Städtebau“ der Kunst zu dienen strebt, der strebe, das Bürgerthum wohlhabend zu machen. Dazu ist freilich nöthig, daß man sich der nüchternen Studien von jener „Utilität“ unterziehe, welche so sehr verachtet wird, trotzdem sie allein das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Bürgerschaft aus seinen Grundelementen verstehen und damit konstruieren lehrt! (Das heißt, man muß Sozialdemokrat sein, wenn man das Elend der Kunst verstehen will. D. R. d. „Z.“) Wohlstand allein erzeugt Kunst und es verdarben die Künstler in allen Epochen rasch, welche Blütheperioden der Kunst herangebildet hatten und die im Verlaufe der Zeit in den Schlamm der Stagnation geriethen, die bald denen der „Blüthe“ zu folgen pflegte.

„Jede Erscheinung im Leben hat ihren Grund. Anerkennen wir, daß, wer kein Geld hat auch keine Paläste bauen kann, daß, wer hohes Grundkapital zu verzinßen hat, hohe Häuser bauen muß und wer nur sehr geringen Zinsvertrag erwarten kann, lahle Häuser bauen muß — Millionäre kunstfinniger oder proziger Art etwa ausgenommen, — dann kann nicht mehr von Impotenz der Kunst, sondern muß von ökonomischer Impotenz der Bürger geredet werden! Die Zinsstragnisse sind die Ursache des unbestrittenen Niederganges künstlerischen Bauens.“

Nichtig ausgedrückt, heißt der Schlusssatz: Während der kapitalistischen Wirtschaftsweise verkrüppelt die Architektur.

Steigender Werth des Bodens. Berlin, 4. April. Zum Preise von 5 Millionen Mark ist in diesen Tagen ein

Vänderei-Komplex innerhalb Berlins erworben worden, der den bisherigen Besitzern seinerzeit nur 2100 Thaler gekostet hat. Es sind dies mehrere Grundstücke in Moabit in der Turmstraße, durch welche Straßenzüge angelegt worden sind. Eine Gesellschaft hat den vorerwähnten Preis gezahlt, um ein neues Stadtviertel anzulegen.

Ueber die Königsberger Neubauten schreibt die „Volks-Tribüne“:

Mit dem Neubau in der Altstadt, Tränkgasse scheint es sehr bedenklich auszusehen. Die Maurerarbeiten werden vom Maurermeister Tisch ausgeführt und sollten so schnell gefördert werden, daß der Rohbau zum 1. April angemeldet werden konnte, denn nach der neuen Bauordnung muß der Rohbau sechs Monate stehen. Der Profit muß natürlich gesichert werden und deshalb wurde auch angetrieben, angetrieben in einer Weise, die nicht mehr schön ist. Der Poller ist der Bruder des Meißlers. Man denke nur, ein Gebäude von 16—18 Wohnungen, als da sind Rammplähle abschneiden, Rosten legen, Fundament machen, Kellergeschos mit Gewölbe aufführen, kurzum den Bau, vier Etagen, in einem Zeitraum von 4 $\frac{1}{2}$ Wochen mit 10 Gesellen fertigzustellen! Da heißt es denn allerdings schufken. Der Poller spornt fortwährend die Leute mit den Worten „klaut, klaut“ (klebt, klebt), „kerls, klebt doch!“ an. Wenn auch den Leuten schon das Blut unter den Nägeln vorkam, hieß es dennoch: „Kleb, kleb“, haßt Angst für die Ziegel oder paßt es Dir nicht, dann sage man, ich bekomme Hundert für Einen.“ Man konnte übrigens wirklich Angst haben, denn die Ziegel waren über und über mit Eis überzogen. Ihre Nothdurft sollten die Leute am Sonntag verrichten und Anderes mehr. Da ist es denn kein Wunder, wenn so ein „Klebbau“ zusammenstürzt. Auch bei diesem Bau sind Anzeichen des Zusammensturzes vorhanden. Am Montag, den 25. März, senkte sich ein mittlerer Thürbogen, auf dem zwei Balken lagen. Um ein Unglück zu verhüten, mußte der Bogen schleunigst abgesteift werden. Dienstag, den 26. März, fiel ein Fensterbogen ganz heraus, der andere halb. Nur durch Zufall wurde Keiner von den in der schmalen Straße Grundeis aufbauenden Arbeitern verlegt. Die Leute weigerten sich jedoch, das Grundeis weiter zu haden, indem sie fürchteten, daß die anderen Bogen auch noch nachkommen werden. In den letzten Tagen ist der Michalowski'sche Neubau, nachdem schon in vergangener Woche ein Theil der Mauern eingestürzt war, nunmehr ganz und gar zusammengebrochen und der Königsberger Spießbürger steht nun vor dem wüsten Durcheinander von Schutt und Balken, wundert sich über den großen Krach und sagt: „Gott sei Dank, daß das „Unglück“ gerade zu einer Stunde passirte, während welcher kein Menschenleben gefährdet werden konnte.“ Damit ist aber auch für den kurzfristigen und denksaulen Spießbürger die Sache abgethan.

Nicht so für uns Sozialdemokraten. Ob der Bauunternehmer Michalowski dafür zur Verantwortung gezogen wird und wie seine Strafe eventuell ausfällt, daß ist für uns ohne Belang, dagegen glauben wir, daß ein solcher Vorfall, wie es der völlige Zusammenbruch eines neugebauten Hauses ist, wohl geeignet sein sollte, einige Bemerkungen über den wirklichen Grund nicht nur dieses, sondern auch der anderen Hauseinstürze und Senkungen zu machen. Wohl in wenigen anderen Branchen finden wir alle Schäden der kapitalistischen Betriebsweise so scharf ausgeprägt und vereint, wie im Baugewerbe. Und nicht nur das häufige Zusammenbrechen von halbfertigen und von bewohnten Häusern ist ein Beweis dafür, sondern vor Allem die Beschaffenheit unserer modernen Miethskasernen.

Eine Anmerkung in Marx' „Kapital“ sagt: „Das Kapital hat einen Abscheu vor der Abwesenheit von Profit. Mit der Aussicht auf 10 Prozent wird das Kapital unternehmungslustig. Dreißig Prozent Gewinn garantiert, und es giebt kein Verbrechen, vor dem das Kapital jurisdikt.“ Auf den modernen Bauahwindel passen die klassischen Worte wie auf kein anderes Gewerbe. Oder ist es — nicht im bürgerlich-kriminalistischen, sondern im sozialistischen Sinne — nicht ein Verbrechen, um des Profits Willen Menschenleben und Gesundheit auf's Spiel zu setzen? Das durch die Entwicklung der kapitalistischen Industrie bedingte überschnelle Anwachsen der Städte führt eine enorme Preissteigerung des Bodenwerthes herbei und eröffnet für eine Reihe von gewissenlosen Abenteurern die lockende Aussicht auf schnellen und mühelosen Gewinn. Durch Konjortien von Geldleuten wird der Preis der Grundstücke unverschämte in die Höhe getrieben, so daß dann die Bauunternehmer, um noch Profit zu erzielen, den Bau mit dem billigsten Schundmaterial und in kürzester Zeit in die Höhe jagen müssen. Die Folgen einer solchen Puscherei liegen klar zu Tage: Feuchte, ungesunde Wohnungen, Hauseinstürze usw. Auf wirtschaftlichem Gebiete zeigt sich als Folge gewissenlos-kapitalistischer Wirtschaft der Ruin von Hunderten kleiner Handwerksmeister auf der einen und das riesengroße Anwachsen des Vermögens gewisser Bodenwucherer auf der anderen Seite. Nicht zum geringsten Theile trägt die ungesunde Beschaffenheit der Arbeiterwohnungen zu dem leiblichen Ruin des Proletariats bei, aber was macht sich das Kapital daraus. Was gilt dem Profit der Verlust von hundert Menschenleben! Soziale Quacksalbereien nützen gegen solche Uebel nichts, eindämmen kann man allerdings den Bauahwindel etwa s durch strenge polizeiliche Ueberwachung, aber diese Hoffnung ist eitel, denn wenn erst nach Gesetzgebung der Umsturzworlage jeder Sozialdemokrat beständig von zwei Polizisten bewacht wird (anders läßt sich das Maulkorbgesetz nicht durchführen), dann bleibt der Polizei zum Aufspüren von

großen und kleinen kapitalistischen Dieben noch weniger Zeit übrig als jetzt; und das will viel sagen.

So lange also das Privatkapital sich des Grundes und Bodens bemächtigen, damit nach Gefallen spekulieren und in gewissenloser Profitjagd mit Menschenleben spielen kann, wird auch der Bauwindel bestehen bleiben. Die sozialdemokratische Wirtschaftsform, indem sie dem Privatkapital diese Möglichkeit des Bodenwuchers nehmen wird, wird auch auf diesem Gebiete Heilung bringen.

Der Neubau auf dem Steinbamm gehörte dem Bauunternehmer Michalowski und der dumme Spießbürger wird, wenn er sich „sittlich entrüstet“, seine schimpfende Wuth an diesen Manne auslassen. Es sei ferne von uns, irgend einen der kapitalistischen Sünder in Schutz zu nehmen, aber wir wollen nicht vergessen, daß die eigentlich Schuldigen ganz wo anders sitzen. Bei solchen Fällen ist es überall gleich: der große Unternehmer sitzt im Trocknen und schert und der kleine Unternehmer muß büßen. Die richtigen Königsberger Bauwindler sitzen viel zu hoch, als daß die alltägliche Gerechtigkeit sie herunterclangen könnte.

Das Geheimniß der Akustik des alten Leipziger Gewandhaussaales. Der Umbau des alten Gewandhaus und der daran stoßenden Grundstücke zu einem Musikpalaste hat die Vernichtung des akustisch und historisch berühmten Gewandhaussaales leider zu einer Nothwendigkeit gemacht, und vor kurzem ist mit dem Abbruch desjenigen, in der Universitätsstraße gelegenen Theiles des alten Gebäudes begonnen worden, der gerade den weltberühmten Saal in sich schließt. Schon ist das Dach abgedeckt und bald werden die Vernichtungsarbeiten das musikalische Kleinod vom Erdboden verschwinden lassen.

Bevor wir uns nun mit dem akustischen Geheimnisse des unvergleichlichen Saales des Näheren beschäftigen, sei die Entstehung desselben nach den historischen Unterlagen vorausgeschickt. Wir halten uns dabei an eine Darstellung des bekannten Werkes „Leipzig und seine Bauten“, die Folgendes mittheilt:

Der Bürgermeister Müller wünschte, die Konzerte der Hülserischen Musikgesellschaft aus den engen Räumen im Apellischen Hause am Markte zu befreien, namentlich nachdem der Herzog von Weimar im April 1780 bei einem Besuch in Leipzig seine Verwunderung über die Unzulänglichkeit des Raumes ausgesprochen hatte. Er trug dem Baumeister Dauthe auf, sich einmal das alte Zeughaus daraufhin anzusehen, ob sich nicht an der Stelle, wo sich früher die Rathsbibliothek befunden hatte, ein Konzertsaal schaffen lasse. Darauf übergab Dauthe am 10. Mai 1780 folgendes „ganz ergebnisse Promemoria“: „Nachdem mir aufgetragen worden, zu untersuchen, ob auf dem alten Bibliotheksgebäude ein geräumiger Saal ohne Gefahr könne erbaut werden, so habe ich selbigen in Augenschein genommen, hierbei ersehen, daß ein solcher von 40 Ellen Länge, 20 Ellen Breite und 12 Ellen Höhe ohne Nachtheil dieses Gebäudes in das dritte Geschoss auf einem bisher unbenutzten Platz könne erbaut werden. Um nun bequem auf ihn zu kommen, könnte man nach der neuen Bibliothekstreppe eine Thür herausbrechen, und sich dieser Treppe bedienen. Damit aber die Wände dieses Saales das Gebäude nicht so belästigen, so wäre mein unmaßgeblicher Vorschlag, anstatt sie auszumauern, selbige nur mit Brettern zu verschlagen und des Winters wegen zu berohren.“ Darauf machten der Zimmermann und der Maurer ihre Anschläge und unterm 13. Juni 1780 verordnete der Rath, daß der Bau „nach begehendem Vorschlage“ ausgeführt werden sollte. Im November 1780 war der Saal fertig, am 25. November 1781 fand das erste Gewandhauskonzert statt. Heute würden über diesen Bau sicherlich drei Altenbände vollgeschrieben werden! Die Decke des Saales (und des Vorsaales) war von Defer mit allegorischen Gemälden geschmückt worden. Seine unvergleichliche Klangschönheit, durch die er weltberühmt geworden ist, verbrant er vor Allem dem Umfange, den Dauthe in seinem „Promemoria“ erwähnt, außerdem seiner Form: er ist wie eine große, länglichrunde Holzschachtel in das Gebäude hineingesetzt.

Das akustische Geheimniß des einzigen Saales ist indes bei Weitem nicht so leicht gelöst, als es nach dem Vorstehenden scheinen könnte. Die Form des Saales, eines 32 Schritte langen und 16 Schritte breiten Rechtecks, dessen schmale Seiten in der Form eines Kreissegmentes ausgebogen und dessen Decke an den Kanten gleichfalls abgerundet ist, würde in Verbindung mit den Bretterwänden, die ja der Resonanz sehr gute Dienste thun mögen, bei Weitem noch nicht ausreichen, um die vorzügliche Akustik des Saales herzustellen. Läge die Lösung des Geheimnisses so auf der Hand, so würde der Saal, dessen Form und Bretterwände wiederholt nachgeahmt worden sind, bald nicht mehr ohne Konkurrenz auf der Welt dagesunden haben. Thatsächlich ist er aber noch heute konkurrenzlos. Zu seiner brillanten Akustik haben unserer Meinung nach, so führt der Architekt Arthur Gadebusch in einem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachr.“ aus, eine ganze Reihe durch den Zufall geschaffener Momente beigetragen, dessen wesentlichstes wir weder in der Form des Saales, noch in der Art seines Bretterverschlages erblicken, sondern in einem anderen Umfange gefunden zu haben glauben, dessen prinzipielle akustische Bedeutung unseres Wissens nach nicht hinreichend gewürdigt worden ist.

Der Saal ist mitten in das Gewandhausgebäude eingebaut worden und seine Wände berühren nirgends die Außenwände ebensowenig wie sie auf anderen Wänden stehen. Die Wände des Saales stehen vielmehr mitten auf einer durch das ganze Gebäude gehenden die Decke der ersten Etage bildenden Balkenlage, die man als frei-

schwebend würde bezeichnen können, wenn sie nicht durch senkrecht darunter gestellte Balken gestützt wäre. Diesen gewaltigen Resonanzboden, der sich unter dem Gewichte des darauf ruhenden Saales merklich gebogen hat, kann man zur Zeit, da das Gebäude ausgeräumt ist, bequem beobachten. Unter ihm befanden sich Niederlagerräume, d. h. es kommen hier nur die Lagerräume der ersten Etage in Betracht, denn der Saal beginnt erst in der zweiten. Betritt man diese Räume, so ist man überrascht von der eigenartigen Konstruktion, die hier der Zufall zu Gunsten des darüber liegenden Musiksaales geschaffen hat. Wie bei der Geige die Oberplatte und Unterplatte durch ein senkrecht stehendes Holzstäbchen, das unter dem Stege liegt, auseinander gehalten und andererseits verbunden werden, so sind hier unter dem Resonanzboden, auf dem der Saal gebaut ist, Balken senkrecht eingeschoben, deren musikalische Bedeutung wir noch erörtern werden. Man hat oft den Gewandhaussaal mit dem Innern einer Geige verglichen, an das allerdings die länglichrunde Form des Saales erinnert; wir sind jedoch der Meinung, daß der Geigenkörper nicht durch den Saal, sondern den darunter gelegenen Raum gebildet wird, daß mithin der Saal auf dem Geigenkörper erbaut worden ist.

Der Vergleich mit der Geige führt nun weiter auch zur Lösung des akustischen Geheimnisses. Als wir gestern in und auf dem alten Gebäude herumkletterten, fanden wir, daß die mächtigen, schweren Balken des hohen Giebelbalders nicht auf den Umfassungsmauern des Gebäudes ruhen, sondern auf den Mauern des Gewandhaussaales. Daraus aber ergibt sich die zur Bildung des Tonens nothwendig erforderliche elastische Spannung. Das schwere Dach ruht auf der durch Holz gebildeten Decke und den Seitenwänden des Saales, die ein Balkenwerk als Gerippe haben; die Seitenwände aber werden durch diesen Druck energisch mit der Resonanzdecke des unter dem Saale gelegenen Geigenkörpers verbunden. Diese Resonanzdecke ist, wie wir schon oben sagten, weit größer, als der Fußboden des Saales, denn sie liegt auf den äußeren Grundmauern des Gebäudes auf, während der Saal mitten auf ihr erbaut worden ist und ringsum bis zu den Grundmauern einen breiten Raum frei läßt. Der gesammte Saal mit Allem, was er enthält, den Musikern, dem Publikum usw., ist also auf die Resonanzdecke des unter ihm liegenden Raumes so daraufgelegt worden, daß er frei schwingen sich bewegen kann. Die Wände des Saales aber nehmen die Schwingungen der Resonanzdecke an, weil sie durch das schwere Giebelgebälde des Grundstücks fest daraufgedrückt werden. Weiter aber hat unsere Unteruchung ergeben, daß die Wände des Saales an ihren elastischen Schwingungen nicht behindert sind, da sie nicht allein freistehen, sondern auch ohne feste Verbindung mit den Grundmauern geblieben sind. Die himmelwärts strebenden, auf dem Saale liegenden Dachbalken sind mit den Grundmauern nur durch leichte, dünne Stäbe verbunden, die man kaum Balken nennen kann.

Wir erblicken nach alledem das akustische Geheimniß des Saales in seiner elastischen Spannung. Jedermann weiß, daß eine Geige nicht klingt, wenn ihre Saiten nicht gespannt sind, der Druck der gespannten Saiten aber bewirkt die elastische Spannung des Holzkörpers. So auch hier. Den Druck der Seiten erzeugt der Druck des von den Umfassungsmauern unabhängigen Dachwerkes, den Steg der Geige bilden die Holzwände des Saales, den Körper der Geige der unter dem Saale gelegene Raum; dessen Decke aber bildet die eigentliche Resonanzdecke — man sagt auch den Resonanzboden — der Geige. Das zwischen der Ober- und Unterplatte der Geige eingeschobene feste Holzstäbchen, die sogenannte „Stimme“ der Geige, wird ersetzt durch die senkrecht gestellten Balken des unter dem Saale gelegenen großen Raumes, die wiederum auf Querbalken gesetzt sind. So haben wir die vollständige Geigenkonstruktion. Den berühmten Saal muß man sich als auf der Geige, d. h. auf ihrer Resonanzdecke erbaut, vorstellen. Alle Voraussetzungen zu der dargelegten elastischen Spannung halten wir für zufällig geschaffene, hätte nur ein einziges der dargelegten Momente gefehlt, wären z. B. die hohen Dachbalken auf die Mauern des Gebäudes aufgelegt worden und nicht auf die des Saales oder hätte man die elastische Decke der ersten Etage, die den Saal trägt, nicht durch Balken abgestreift, sondern vielleicht durch eine quer durch die erste Etage gezogene Mauer, so würde die Akustik des Saales vernichtet worden sein. Nur Zufälligkeiten haben diese Verhältnisse verhütet und somit war es lediglich eine wunderbare Fügung, welche die herrliche Akustik des Saales geschaffen hatte.

Sozialpolitisches.

Die Berliner Bäcker-Zunungen wollten die Gehülfen in ihrem Feldzuge gegen den „drohenden“ Maximalarbeitstag als Heerbanne engagieren und beriefen zu diesem Zwecke eine gemeinschaftliche Versammlung ein. Die Gehülfen gingen wohl in die Versammlung, aber nicht auf den Leim, sie setzten den Meistern auseinander, daß sie in ihrem wohlverstandenen Interesse ganz entschieden für die baldige Einführung des Maximalarbeits-tages eintreten würden. Die Meister zogen hierauf betrübt von dannen, ohne auch nur ihre Resolution vorzulegen — angenommen hätte man diese ja doch nicht.

Hoher Dividenden, die zu der Rettung der Herren Aktionäre in keinem Verhältnisse stehen, erfreuen sich die Theilhaber folgender Gesellschaften: Feuerversicherungs-gesellschaft Kolonia 66%, Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei 28, Militäreisenfabrik vorm. Thiele in Dresden 20, Magdeburger Bergwerksgesellschaft 18%,

Holzstoff- und Papierfabrik Schlema bei Schneeberg 11, Filzfabrik in Juida 10 pSt. Der Juidauer Steinkohlenbau-Verein zahlt an die Grundstückbesitzer als Kohlen-zehnten M. 159564 und auf jede Aktie M. 190. Der Bruttogewinn betrug M. 739293.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Audere Blätter bringen folgende Nachrichten: **Achtung Zimmerer! Regensburg.** Nachdem sich einige hiesige Zimmermeister geweigert haben, den bei ihnen beschäftigten Zimmergesellen den verlangten Minimallohn zu bezahlen, ist eine theilweise **Arbeitslosigkeit** erfolgt und ist daher der Bezug strengstens fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Zimmerer! Es wird dringend gebeten, den Bezug nach **Duisborn** und **Saah** fernzuhalten, da die dortigen Maurer und Zimmerer in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Die dortige Arbeitszeit ist noch immer 11 Stunden, bei einem Lohn von 32 $\frac{1}{2}$. Jetzt haben die Gesellen beschlossen, diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen; sie fordern 10 Stunden Arbeit und 35 $\frac{1}{2}$ Lohn. Wenn die Meister nicht bewilligen, so beginnt am Sonnabend der Streik. Die Gelegenheit ist die denkbar günstigste, wenn nur der Bezug fern gehalten wird. Zuschriften und Anfragen sind zu richten an **Berwald** in **Duisborn**. Alle Arbeiterblätter bitten wir um schnelle Verbreitung.

Was es mit diesen Bewegungen auf sich hat, können wir nicht weiter kontrollieren. Die betreffenden Zimmerer scheinen nicht zu wissen, daß unser Blatt existirt, sonst würden sie gewiß etwas ausführlicheren Bericht erstattet haben. Wenn die Bewegungen erst halb oder fast ganz im Sande verlaufen sind, dann werden die Kameraden sich auch erinnern, daß es in Deutschland auch einen Zimmererverband giebt.

Aus Calbe wird uns geschrieben: Die hiesigen Zimmermeister werden immer unverschämter, bis jetzt stand der Tagelohn der hiesigen Zimmerer im Sommer auf M. 3.20, nun wollen die Meister nur noch M. 3.10 zahlen. Die Baupreise sind um keinen Pfennig herabgesetzt worden, das Baumaterial ist heute billiger denn je, die Antreiberei hat aber einen bisher noch nicht gekannten Grad erreicht. Rechtfertigen können die Ausbeuter ihre Nichtwürdigkeiten also nicht.

Sonnabend, den 13. April, hat eine öffentliche Zimmererverammlung stattgefunden, die sich mit den „Meister“-Praktiken beschäftigte. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, welche die nöthigen Schritte einzuleiten hat, außerdem versprach alle Anwesenden, darnach hinstreben zu wollen, daß der Lokalverband wieder mehr Mitglieder bekomme, denn ohne Organisation kommen wir immer tiefer in den Sumpf.

Aus München wird uns geschrieben: Die Nichtwürdigkeit der Ausbeuter kennt auch hier keine Schranke. Ein alter Brauch, den sogar die Zunftmeister respektieren, den sie in ihr Statut mit aufgenommen haben und der besagt, daß am Freitag und Sonnabend vor Oftern um 4 Uhr Nachmittags Feierabend ist und trotzdem der Arbeitslohn voll zur Auszahlung kommt — ist von der Weltfirma Holzmann & Co. durchbrochen worden.

Diese Firma, die bekanntlich in Frankfurt a. M. ihren Sitz hat, aber in allen Weltgegenden die Arbeiten zu wahren Schundpreisen übernimmt, hat auch hier bei einer Submission, weil sie am billigsten war, den Zuschlag erhalten. Der Magistrat, der in seinen Submissionsbedingungen sonst alles Mögliche vorschreibt, läßt den Unternehmern in Bezug auf Arbeiterausbeutung vollständig freie Hand. Der Berliner Polizeiminister hat den Ausbeutern den Mund nach Arbeiternebelung wässrig gemacht und so versucht es die weltkundige Firma zuerst, das Sühnegeld für die Schundkonkurrenz aus den Arbeitern herauszupressen. Diese sollen auf die alten, sonst allgemein geachteten Gewohnheiten Verzicht leisten, damit die Firma Holzmann & Co. auf ihren Groschen, die Geschäftstheilnehmer zu ihrem Nebbäck kommen.

Um den Streich möglichst leicht ausführen zu können, wurden am Mittwoch vor Oftern 6 Mann entlassen, von denen man annahm, daß sie sich solche Ungeheuerlichkeit nicht so ohne Weiteres zumuthen lassen. Am Sonnabend früh stellten 12 Mann die Arbeit ein, sodas 22 Mann weiter arbeiteten. Dies sind natürlich auch Leute darnach, nur fünf unter ihnen sind gelernte Zimmerleute. Immerhin, der Vorgang zeigt wieder ganz deutlich, daß unsere Organisation noch ganz erheblich auszubereitet werden muß. Bevor unsere Organisation nicht respektabel genug ist, können wir auch den Magistrat nicht veranlassen, daß er bei Submissionen, unseren Arbeitstarif als Bedingung einschaltet. Hülfe also jeder Zimmerer in München mit agitieren.

Durch die gegnerische Presse geht folgende Notiz:

„Münchberg, 12. April. Bei den Zimmermeistern ist wegen Nichtbewilligung der Lohnforderungen die Arbeitslosigkeit erfolgt. Auch bei dem Zimmermeister, welcher den Bau der Ausstellungsgebäude mit übernahm, ist zum Theil Arbeitslosigkeit erfolgt. Sollte sich der Streik etwa auf alle bei den Ausstellungsbauten beschäftigten Arbeiter erstrecken, so wäre wohl die große Baufirma Holzmann, welche Mitkontrahentin bei dem Bau ist, rasch im Stande, eine genügende Anzahl Arbeiter von auswärts zuzuführen.“

Wir müssen offen bedauern, daß die Leiter der Nürnberger Zimmererbewegung in Bezug auf Berichterstattung uns schmählich im Stich lassen. Steht die Sache so, wie sie in der obigen Notiz geschildert wird, dann trifft die Leiter der Nürnberger Zimmererbewegung die Schuld in erster Linie, wenn auch diese Bewegung wieder im Ganzen verlaufen sollte. Hoffentlich wird dann das Gros der Zimmerleute zu vernünftigeren Ansichten kommen, als die der jeweiligen Leiter der Bewegung ist. Einige dieser Leute sträuben sich mit Händen und Füßen gegen unseren Verband; ein Blick auf die obige Notiz müßte sie belehren, daß sie sich auf dem Holzwege befinden und deshalb mit den „Holzmännern“ nicht fertig werden können.

Ueber den Verschmelzungsrummel in den deutschen Gewerkschaften schreibt der „Corresp. f. D. V.“: „Wenn in der deutschen gewerkschaftlichen Weise einer der Denker mit seinem Latein, die Leistungsfähigkeit zu heben, zu Ende ist, dann kann man darauf wetten, er wird vorschlagen, die vorhandene Vielheit des Wenigen zu einem einzigen Großen zusammenzuschmelzen, als wenn diese Prozedur eine Verstärkung bedeutete. Viele Wenig geben nun zwar ein Viel, allein dieses Viel bleibt in unserem Falle doch gegenüber dem sich ihm dann auch wieder gegenüberstellenden konzentrierten ungeheuren Nichts in gleicher Minderheit. Das heißt: fassen die schwachen Organisationen ihre Kräfte in eine zusammen, so sind sie der ihnen gegenüberstehenden Masse von Indifferenten aller Branchen immer noch die gleiche Winzigkeit wie vorher.“

Undank ist der Welt Lohn. Ein eigenmächtiges Verhalten der Leitung des Tabakarbeiterverbandes gegen die Generalkommission charakterisiert die letztere mit nachfolgender Darstellung: Der „Gewerkschafter“ bringt in Nr. 13 folgende Mitteilung: „Die jetzt bestehende beschränkte Form der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, sowie deren Stellungnahme und Handlungsweise letzterer Zeit veranlaßte uns, die Zahlung der Beiträge an die Generalkommission einzustellen. Für den Ausschuß: H. Meißner, Hannover. Für den Vorstand: J. D. Junge, Bremen.“ Aus dieser Bekanntmachung sind die Gründe für diesen Beschluß des Ausschusses und des Vorstandes nicht ersichtlich. Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, die vom 2. bis 6. Juli 1894 in Nordhausen tagte, beschloß, die Beiträge an die Generalkommission weiter zu bezahlen. Ob dem Vorstande und Ausschusse das Recht zusteht, diesen Beschluß einfach aufzuheben, wollen wir nicht untersuchen. Jedoch halten wir uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß gerade diese Organisation am wenigsten Ursache hätte, die Beitragszahlung an die Generalkommission einzustellen. Es sind den Tabakarbeitern während des Hamburger Ausschusses seitens der Generalkommission M. 108 041 überwiesen worden. Um dies möglich machen zu können, war die Generalkommission genötigt, ein Darlehen von M. 106 950 aufzunehmen, von dem noch heute ein Restbetrag von M. 20 220 zu bezahlen ist. Diese Schuldenlast hat die Stellung der Generalkommission äußerst schwierig gestaltet und sie gehindert, so thätig zu sein, wie dies unter anderen Verhältnissen möglich gewesen wäre. Der Vorsitzende des Unterstützungsvereins, Genosse Junge, erklärte bei den derzeitigen Verhandlungen über die Darlehensaufnahme, daß die Tabakarbeiter diesen ihnen geleisteten Dienst nicht vergessen und für entsprechende Gegenleistung stets sorgen würden. Es sind von dem Unterstützungsverein seit Bestehen der Generalkommission an Quartalsbeiträgen M. 4303,50 und zur Deckung des Defizits M. 1739,50 gezahlt worden. Seit dem dritten Quartal 1893 sind überhaupt keine Quartalsbeiträge von dem Verein bezahlt. Es hätte also eines formalen Beschlusses nicht bedurft, um die Erkenntlichkeit für geleistete Dienste zu dokumentieren. — Uns wundert, daß sich sogar ein Reichstagsabgeordneter herbeigelassen hat, die unerhörte Wache des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes gut zu heißen. Der Beschluß, der oben mitgeteilt wird, bildet einen Faustschlag ins Gesicht der Arbeiter überhaupt.

Der Metallarbeiter-Verband hat im Jahr 1894 eingenommen an Beiträgen M. 181 280,20, auf Sammelisten bei Streiks 16 500,23, Meierfondsmarken 11 627,15, Delegiertenmarken 8064,45, Eintrittsgelder 7707,10 usw., insgesammt M. 229 444,27; die Ausgaben, bestehend u. A. aus M. 66 643,70 für Heftesegel, M. 31 601,87 für Streiks, M. 38 878,38 für das Fachorgan, M. 6584,83 für Agitation, M. 18 595,82 für Verwaltung usw., beliefen sich zusammen auf M. 218 154,06, so daß M. 11 290,21 Ueberschuß erzielt wurden. Das Vermögen, welches am 1. Januar 1894 M. 25 131,32 betrug, stieg damit auf M. 36 421,53. M. 1932,24 sind dem Verbands durch lässige Lokalverwaltungen, Diebstahl usw. verloren gegangen. Mitglieder hatte der Verband 1893 28 429 in 329 Orten gezählt, 1894 war die Zahl auf 33 406 in 340 Orten, also um 11 Orte und 4977 Mitglieder gestiegen. Wir kommen auf diese Zahlen noch an anderer Stelle zurück.

Der Unterstützungsverein deutscher Putzmacher hat im Jahre 1894 M. 113 801,11 eingenommen, M. 128 596,85 ausgegeben. Die Mehrausgabe bestritt die Hauptkassse. Die Ausgaben im Einzelnen betragen: Für Wandernde M. 17 173; für Arbeitslose am Orte, eingerechnet Jahrgelder und Umzugskosten, M. 33 093,02; für vorübergehend Erwerbsumfähige M. 30 166,22; für Pensionsgelder M. 1414; für definitive Invaliden

M. 24 703,67; für Verwaltung in den Filialen M. 5352,21; für die Hauptverwaltung (ohne die Unkosten der Generalversammlung) M. 3243,65.

Die Arbeitszeit der Bauarbeiter. Seit mehreren Jahren streben die Bauarbeiter Wiens eine Herabminderung der Arbeitszeit in der Art an, daß die Arbeitszeit statt um 6 Uhr erst um 7 Uhr Morgens beginnen solle. Im vorigen Jahre wurde zur Erreichung dieser Forderung ein erfolgloser Streik der Maurer inszeniert. Nun hat auf neuerliches Andrängen die Genossenschaft der Bau- und Maurermeister die Forderung bewilligt und bereits Dienstag, den 25. März, wurde erst um 7 Uhr früh auf den Bauten zu arbeiten begonnen.

Aufruf an sämtliche Steinmehrer!

Kollegen und Genossen! Seit dem 2. März sind wir durch die Profitsucht der Meister ausgeperrt und auf's Pflaster geworfen, weil wir die vorgelegte Zuchtordnung nicht unterschrieben haben. Fünf Wochen sind es, das 360 Steinmehrer sammt Frauen und Kindern (zirka 1200 Personen) durch die Profitsucht der Unternehmer an dem Hungertuche nagen. Diese Ausbeuter scheuten keine Mittel und Wege, um die Provinzunternehmer gegen uns zu hegen. Dadurch ist es uns erschwert, überhaupt irgendwo Arbeit zu bekommen.

Diese Missetaten, welche vor 15 Jahren noch arme Teufel waren, haben die Reichthümer — in welchen sie heute wie Paschas im Luxus schwelgen — von uns abgeschunden. Die Budapester Steinmehrer haben mit diesem Gewaltstreik, den sie aus purer Geldgier gegen uns ausgeführt haben, bewiesen, daß ihnen jedes menschliche Gefühl fremd ist. Durch ausländische Arbeiter wollen sie uns verdrängen. Unwissende Böhmen und Italiener sollen jetzt durch allerlei Lügen und Vorpiegelungen herbeigezogen werden, um ihnen als billiges Ausbeutungsobjekt zu dienen. Bisher sind ihnen nur Wenige auf den Leim gegangen. Ihr Plan, die Kollegen auszuhungern und dadurch müde zu machen, wird ihnen nicht gelingen. Achtzig Kollegen haben bereits die Hauptstadt verlassen.

Der erbitterteste Kampf wird erst jetzt beginnen. Unsere Kollegen werden die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis sie den Achtstundentag, 2 fl. 50 kr. Minimallohn und die Anerkennung der Fachorganisation erreichen. Einige Wochen müssen wir noch ausbarren und der Sieg ist sicher.

Kollegen! Unterstützt uns in diesem schweren Kampfe, schützt uns vor dem Elend, haltet den Fuzug nach Budapest fern, damit wir gegen diese Parasiten als Sieger hervorgehen. Unser Sieg ist auch Euer Sieg und der Sieg der gesamten Arbeiter.

Unsere Parole ist: Einer für Alle, Alle für Einen!

B u d a p e s t, am 6. April 1895.

Mit kollegialischem Grusse

Das Comité.

Unterstützungen sind zu senden: An die Redaktion „Der Steinmehrer“, Budapest, Remnitzergasse 6.

Ueber die Gewerkschaftsbewegung in Amerika giebt Thomas J. Dowling, der Kommissar für Arbeitsstatistik, in seinem Jahresberichte für 1894 lehrreiches Material. Seit dem Jahre 1888 ist die Mitgliederzahl sämtlicher Organisationen erheblich gestiegen. 665 Organisationen hatten bei ihrer Gründung 46 397 Mitglieder, seitdem sind 108 905 neu hinzugetreten, eine Steigerung um 235 Prozent. Nur in zwei Gewerkschaften — Küfer und Maschinenholzarbeiter — ist ein Rückgang zu verzeichnen, bei den ersteren um 10, bei den letzteren um 46 Prozent. Bei den Buchdruckern, Buchbindern usw. stieg die Zahl um 8753. Im Ganzen gingen Berichte von 689 Organisationen ein, die 155 303 Mitglieder hatten. Im Jahre 1888 berichteten 580 Organisationen mit 118 628 Mitgliedern. Der Achtstundentag besteht bei 32 Gewerkschaften mit 50 829 Mitgliedern. 401 Organisationen berichten von einer Lohnsteigerung seit der Organisation, 61 von Lohnkürzung, während bei 174 die Löhne unverändert geblieben sind. Betreffs der Arbeitszeit verzeichnen 403 Unions eine Verkürzung, 6 eine Verlängerung und 21 erklären, daß sie unverändert geblieben ist. 543 Organisationen berichten, daß es ihnen gelungen sei, eine Lohnreduktion zu verhindern, 95 erklären, daß ihr Widerstand nutzlos gewesen sei, und nur bei 33 ist kein Versuch der Lohnkürzung gemacht worden. Die größte Ausgabe für Arbeitslose hatte die New-Yorker Typographical Union, nämlich 30 858,52 Dollars, hierzu kommt noch die Typographia in New-York mit 4 331,05 Dollars. 473 Organisationen mit 122 580 Mitgliedern haben 511 717,59 Dollars für Unterstützungen ausgegeben, davon für Arbeitslose 106 801,69, für Kranke 60 207,98, Sterbegeld 93 437,92, Streikunterstützung 89 150,04 Dollars, 10 676,74 Dollars wurden anderen Arbeiterorganisationen überwiesen. Weiter heißt es in dem Berichte: Durch Einführung von Maschinen wurde die Zahl der Arbeiter in nachstehenden Gewerken vermindert: Zimmerleute 15, Bekleidungs-gewerbe, Knopslochmacher 50, Fosenmacher 30, Semdenmacher 33 $\frac{1}{2}$, Wäcker 20, Möbelsarbeiter 35, Mattenmacher 60, Putzmacher 50, Kesselmacher und Schiffbauer 43 $\frac{1}{2}$, Fußschmiede 33 $\frac{1}{2}$, Schuhmacher 37, Segelmacher 33, Seelente 50, Schriftsetzer 41 $\frac{1}{2}$, Schriftsetzer 50, Steinmehrer 50, Seidenbandweber 40, Bildhauer 62 $\frac{1}{2}$ Prozent. Vermehrt haben sich: Kleinarbeiter 6 $\frac{2}{3}$, Pianomacher 20, Buchdrucker 33 $\frac{1}{2}$, Konduktoren, Motorsührer zc. 30 Prozent. Für diese Aufstellung fehlt der Nachweis der Verhabe der Aufrechnung, sie bleibt daher etwas unverständlich.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Gewerkschaftsquälerei und kein Ende. Das preussische Kammergericht hat wieder einmal den Begriff Verein in beschränkendem Sinne festgestellt. Unter einem Vereine sei jede dauernde Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung gemeinschaftlicher Zwecke zu verstehen. Auch die Zahlstelle eines Vereins, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, wie das von der Vereinigung deutscher Schuhmacher — um die Zahlstelle dieser Vereinigung in Stendal handelt es sich bei dem Prozeß — unstreitig sei, müsse demnach den Bestimmungen des § 2 des Vereinsgesetzes (Einführung der Statuten usw.) nachkommen.

Wien. Eine wichtige Entscheidung für Arbeitervereine, die mit ausländischen Vereinen in ein Verbandsverhältnis treten wollen, ist vor Kurzem von dem Ministerium des Innern gefällt worden. Die Ursache der Entscheidung ergab sich aus einer Eingabe des Niederösterreichischen Vereins der Buchdrucker und Schriftsetzer, der behufs Anschlusses an den Verband der Österreichischen Buchdruckervereine seine Statuten ändern mußte. Das Ministerium wies zuerst die Bestimmung, wonach dem Verein die Abschließung von Gegenseitigkeitsverträgen auch mit ausländischen Vereinen gestattet ist, zurück. Indessen waren die gegen diese Verfügung erhobenen Vorstellungen, worin auf die unzulässigen Vortheile solcher Verträge für die Mitglieder und auf die dadurch entstehende Entlastung der Gemeinden hingewiesen und die moralische Unterfützung solcher Bestrebungen eines Vereins als die Aufgabe des Ministeriums bezeichnet wurde, von Erfolg begleitet. Das Ministerium gestattete auf Grund des am 16. März dem Vereine intimierten Erlasses die freie Abschließung von Vereinbarungen zum Zwecke gegenseitiger Unterstützung der Mitglieder und gegen Einholung der Bewilligung auch mit ausländischen Vereinen. Die Bedeutung dieser prinzipiellen Entscheidung ist namentlich für unsere großen Gewerkschaften, die ihre Thätigkeit auf ganz Oesterreich ausdehnen, unverkennbar.

Arbeiterversicherung.

Vom Reichsversicherungsamt. Der Arbeiter Fehrer wurde von der norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft mit einem Anspruch auf Unfallrente abgezwungen, weil er nach Meinung der Genossenschaft den in Betracht kommenden Unfall nicht im Betriebe seines bei ihr versicherten Arbeitgebers, des Kunstwollfabrikanten Hahn zu Berlin, erlitten hat, sondern im Betriebe des Fuhrherrn Labbert. Der zu Grunde liegende Sachverhalt war folgender: Hahn stand zu Labbert insofern in Geschäftsverbindung, als Letzterer öfter mit dem Transport der Hahn'schen Produkte betraut wurde. Arbeiter der Fabrik bezahlten dann, und zwar in der von Hahn bezahlten Arbeitszeit, das Beladen der Wagen und hielten auch den Fuhrleuten des Labbert, die schwer belasteten Gefährte in Gang und vom Fabrikhof herunterbringen, der abschüssig und sonst auch noch schlecht war, so daß das bloße Anziehen der Pferde nicht genügte. Bei einer solchen Hülfeleistung war Fehrer gesürzt und hatte sich eine Verletzung zugezogen, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich beeinträchtigte. Die Textil-Berufsgenossenschaft vertrat den Standpunkt, Fehrer wäre durch jene Hülfeleistung in den Betrieb Labbert's für die fragliche Zeit übergetreten, und deshalb sei nicht sie, sondern die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft zahlungspflichtig. Das Schiedsgericht war derselben Meinung. Das Reichsversicherungsamt dagegen verurtheilte die Textil-Berufsgenossenschaft, wenn auch nicht in der Höhe, die der Kläger wünschte. Grund: Das Gericht habe seit Jahren den Standpunkt festgehalten, daß eine gelegentliche Gefälligkeitsverrichtung, die sich auf derselben Betriebsstätte abspiele, den Uebertritt in einen anderen Betrieb nicht begründet.

Der Arbeiter Brumme, der in einem von seinem Bruder gepachteten Steinbruche beschäftigt war, verletzte sich am 27. Juni 1893 beim Verladen von Eisenbahnschwellen, welche der Bruder und Arbeitgeber erworben hatte. Eine hinzutretende Blutvergiftung führte den Tod des Verletzten herbei. Seine Hinterbliebenen verlangten von der Steinbruch-Berufsgenossenschaft eine Rente, die ihnen mit der Motivirung verweigert wurde, der Unfall sei nicht auf Arbeiten zurückzuführen, welche im Interesse des Steinbruchbetriebes erfolgten. Gerade die Schwellen, bei deren Verladen sich der Verstorbene die Finger verletzte, hätte der Pächter Brumme dem Steinbruchbesitzer Pohle zugefagt gehabt und demselben dann auch zukommen lassen. Diese Schwellen habe Pohle in seinem persönlichen Interesse verwendet. Das Schiedsgericht schloß sich dem an. Das Reichs-Berufsgenossenschaft jedoch sprach den Klägern die Rente zu. Den Hauptwerth legte es auf die Feststellung, daß der Arbeitgeber des Verunglückten die betreffenden Schwellen dem Steinbruchverpächter Pohle unentgeltlich lieferte, ihm einen Gefallen that, und daß ein Theil der übrigen Schwellen im Steinbruchhause, einem Betriebsgebäude, verfeuert wurde. Gefälligkeitsverrichtungen im Interesse des Betriebes verblieben im Betriebe, und aus Interesse für seinen Steinbruchbetrieb hätte Brumme dem Pohle die Schwellen übermitteln lassen: augenscheinlich habe er sich mit Pohle als Besitzer des von ihm gepachteten Steinbruchs, auf gutem Fuße halten“ wollen.

Der Jahresbericht der Invaliditäts- und Altersversicherung im Königreich Sachsen vom Jahre 1893 giebt die Zahl der Versicherten auf rund 800 000 Personen an. Auf je 100 000 Einwohner im Königreiche

Sachsen kamen 245 Alters- und 60 Invalidentrenten-Empfänger. Die Zahl der Rentenempfänger war bei dem männlichen Geschlecht und auf dem platten Lande verhältnismäßig größer als bei dem weiblichen Geschlecht und in den Städten. Durch Ableben der Empfänger sind bis Ende 1893 in Wegfall gekommen 1433 Alters- und 511 Invalidentrenten, davon kamen auf 1893 allein 662 Alters- und 430 Invalidentrenten, so daß also am Ende des Berichtsjahres noch übrig bleiben: 7208 Alters- und 1623 Invalidentrenten. Ihrem Verufe nach kommen von der Gesamtheit der Rentner (nach den in der Reichsstatistik eingeführten sechs Berufsgruppen) auf

die Berufsgruppe	Altersrenten-Empfänger	Invalidentrenten-
Land und Forstwirtschaft, Tierzucht und Fischerei	2219 (25,7 %)	542 (25,4 %)
Industrie, einschl. Bergbau und Bauwesen	2919 (33,8 „)	1176 (55,0 „)
Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	167 (1,9 „)	53 (2,5 „)
Häusl. Dienstleistungen u. Vohnarbeit wechselnder Art	1984 (22,9 „)	180 (8,4 „)
Staats-, Gemeinde-, Kirchen- u. Dienst, freie Berufsklassen	517 (6 „)	78 (3,7 „)
Im Haushalt der herrschaft lebende Dienstboten	835 (9,7 „)	105 (4,9 „)

Die oben angeführten Zahlen lassen die „Krönung des sozialen Gebäudes“ in einer recht dürftigen Gestalt erscheinen. 800 000 Arbeiter und Arbeiterinnen mußten von ihren Hungerlöhnen noch jede Woche einen Theil abstoßen, damit ein lächerlich geringer Prozentsatz der ihrigen nach zurückgelegtem 70. Lebensjahre das zweifelhafte Glück einer 33 1/3 Pfennigrente genießen kann.

Die so viel gepriesene Sozialreform zeigt in der Praxis ein wesentlich anderes Gesicht als die Theoretiker glauben machen wollen. Von zwölf einem Schiedsgerichte der Knappschaftsberufsgenossenschaft zur Entscheidung vorgelegenen Verurteilungen Verunglückter in Betreff ihrer Unfallrente wurden fünf überhaupt ohne zwei mit der um die Hälfte gekürzten Rente abgewiesen, weitere zwei stückte man zur nochmaligen Kur und Beobachtung (sicher aber nicht, um später die bisherige oder gar höhere Rente zahlen zu wollen) in's Krankenhaus, zwei Kläger erlangten vergleichsweise eine, jedoch keineswegs an die Anfangsrente heranreichende Aufbesserung und nur ein einziger erhielt seine zuerst gezahlte (später um 10 pSt. gekürzte) Rente von diesem Schiedsamte wieder zugeprochen. Bedenken wir dabei noch, daß die volle Rente eines verunglückten Bergarbeiters etwa M. 400 bis 500 beträgt und davon je nach dem Maße der Erwerbsunfähigkeit oft geradezu lächerlich geringe Prozentsätze als Unfallunterstützungen gezahlt werden, so fällt die „Fürsorge“ unserer Unternehmer damit in's rechte Licht.

Literarisches.

Hest 27 des Volks-Lexikon, herausgegeben von E m a n u e l W u r m, Verlag von W e r l e i n & C o m p., Nürnberg, ist erschienen und enthält: Deutsches Reich (Fortsetzung). IV. Deutsche Geschichte (Fortsetzung) von Konrad I. (912 - 918) bis zum Jahre 1848. Alle 14 Tage erscheint ein Hest. — Das Volks-Lexikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs usw. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6879 a (9. Nachtrag) im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 760 a (Nr. 25 des B. Bl.) eingetragen.

Briefkasten der Redaktion.

* In Nr. 15 ist aus Versehen der Versammlungs-Anzeiger nicht veröffentlicht worden. Lokalverbände, die darunter gelitten haben, bitten wir auf diesem Wege um Entschuldigung.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensburg.** Mittwoch, den 24. April.
- Baden-Baden.** Sonntag, den 28. April, im „Württembergischer Hof“, Zentralherberge.
- Barmen.** Sonntag, den 21. April, bei Wälfing, Oberbörner- und Koblgerstraßen-Ecke.
- Bergedorf.** Sonntag, den 28. April, Nachmittags 4 Uhr, in St. Petersburg.
- Beelitz.** Sonntag, den 21. April, im Vereinslokal.
- Bielefeld.** Sonntag, den 28. April, Vormittags 9 Uhr, bei Vogebing, Turnerstraße.
- Böhm.** Sonntag, den 28. April, in der Germaniahalle.
- Cöpenick.** Sonntag, den 21. April, Abends 6 Uhr, bei Graul.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 21. April, Vormittags 11 Uhr, bei J. Driessen, Grafenbergerstraße 27.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 27. April, bei Gastwirth Duve.

- Danzig.** Dienstag, den 28. April, Breitegasse 42.
- Deffau.** Sonnabend, den 20. April, in der „Reichskrone“, Sandstraße 11.
- Essen.** Sonntag, den 28. April, bei Wittwe Kray, Steelerstraße 10.
- Flottbek.** Sonntag, den 28. April, bei Schnegel in Nienstedten.
- Gaarden.** Donnerstag, den 25. April, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke der Schul- und Kielerstraße.
- Hannover.** Dienstag, den 30. April, in Volke's Restaurant, Neuestraße 27.
- Herne.** Sonntag, den 21. April, bei Hochstraße, Wilhelmstraße.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 27. April.
- Kribitz.** Sonntag, den 28. April.
- Lauenburg.** Sonntag, den 28. April, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Remgo.** Sonnabend, den 20. April, bei Gastwirth Lüple, Breitestraße 12.
- München.** Sonntag, den 21. April, Vormittags 10 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstraße 4.
- Münster i. W.** Sonnabend, den 20. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei A. Weinberg.
- Neumünster.** Mittwoch, den 24. April, bei Kellermann, Blönerstraße.
- Reichenbach i. B.** Sonntag, den 21. April, Nachmittags 3 Uhr, in Herrmann's Lokal, Weststraße 32.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 24. April, bei Cronau, Hamburgerstraße.
- Waren.** Sonntag, den 28. April, auf der Herberge.
- Warin.** Sonntag, den 28. April, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 26. April, Abends 8 Uhr, bei Maes in Heppens.

Adressenveränderungen.

- Dresden.** H. J ä h r i g, Böhmischestraße Nr. 29 part. H. D e h m i c h e n, Pflotenbauerstr. Nr. 33, bei Walter.
- Seidelberg.** R. W i l l i, Bauamtgasse Nr. 4.

Anzeigen.

(Laut Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigegeben. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. B r i n g m a n n, Hamburg-Darmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Karl Hesti aus Lübeck,

zuletzt (im Februar d. J.) in Dresden gearbeitet, wird hierdurch gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten mitzutheilen. Auch alle Berufsgenossen, sowie Herbergswirthe, die seit Februar mit Obigem zusammengetroffen sind, werden hierdurch ersucht, davon Mittheilung machen zu wollen. J. H e s t i, Zimmermeister, Lübeck, Siegelstraße 1f. Antwortschreiben nehme ich auch unfrankirt mit Dank an.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Deuthstr. 2. Berlin SW. Deuthstr. 2.

Zur Maifeier

empfehlen wir das soeben in unserem Verlage erschienene neue Theaterstück:
Der entlarvte Spizel.
Eine Komödie in 2 Akten von C. M. S c h v o l a.
Preis 50 \mathcal{M} , Porto 5 \mathcal{M} .

Als Rollen nöthige 10 Exemplare M. 4,50. Porto 20 \mathcal{M} . Wir können diese Komödie den Vereinen als leicht ausführbar und weil aus dem Leben der jüngsten Vergangenheit entnommen, als ungemein wirksam bestens empfehlen.

Ferner ist in unserem Verlage soeben erschienen:
Karl Marx'

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. 112 Seiten Oktav. Preis M. 1,—. Porto 10 Pfennig. Mit dieser Schrift, die ursprünglich unter dem Titel „1848 bis 1850“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850) erschienen ist, unterbreiten wir der Öffentlichkeit eine meisterhafte Studie von Karl Marx, worin der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum ersten Male diese fruchtbare Methode anwendet zur Aufhellung des Charakters der 1848er Revolutionsbewegung und der sie bedingenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte. Die Einleitung von Friedrich Engels zeichnet knapp und klar, mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart, die geschichtliche Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und — zur Umsturzbvorlage, die dazu bestimmt ist, das Erscheinen solcher Schriften unmöglich zu machen.

Genossen!
Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.

Verlag von B. F. Voigt in Weimar.
Zimmermanns
Die praktischen Arbeiten und Baukonstruktionen des
in allen ihren Theilen.
Ein Handbuch für Zimmerleute, sowie für bautechn. Lehranstalten.
Bearbeitet von
Dr. W. S. B e h s e,
Baumeister und Reichsaudirektor in Dortmund.
Neunte verbesserte Auflage.
Mit einem Atlas von 56 Folio-tafeln, enth. 652 Abbildungen.
8. Geh. 9 Mark.
Vorräthig in allen Buchhandlg.

Verkehrslokale, Herbergen usw.
(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- W. Zipfle, Markuskstraße 14, Eingang Grünbergweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kulmstr. 86, Restauration. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Bez, Eppertwiete 8.
- Breslau.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 9, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Mühlgasse 8. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- Hamburg.** Zentralherberge: Wid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräcke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Verkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Darmbeck.** Verkehrslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrod, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbsäcke.
- Hamburg-Darmbeck.** D. Niemeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hannover.** Versammlungslokal und Zentralherberge bei Volke, Neuestr. 27.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Wage, „Volkshalle“.
- Leipzig.** Verkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Unversitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, Mag. Saupe's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Frischke, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedr. Str. 41.
- Lübeck.** Verkehrslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunt, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Begünenberg 10.
- Stettin.** Verkehrslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harrath, Dogislawstr. 22.
- Stuttgart.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge. „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.